

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Steinmetze Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgebühr),
bei Zusendung unter Kreuzzahl M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stating, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Bremmerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen
für die breitgepahnte Zeitung oder deren Raum 80 A.
Zeitung-Preissatz Nr. 8124.

An die Verbandsmitglieder!

Kollegen, zahlt die Verbandsbeiträge, bevor es Winter wird. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Ende November alle Mitglieder ihren Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt haben.

Der Verbandsvorstand. F. A.: Th. Bömelburg.

Inhalt: Die Arbeitslosigkeit. — Dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. — Versammlungen und sonstige Bewegung. — Soffen und Garren! — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen: — Polizei und Gerichte. — Schadenserschließung bei Arbeitskämpfen. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkosten. — Centralverband der Maurer. — Central-Frankenkasse. — Anzeigen.

Die Arbeitslosigkeit.

Die wirtschaftliche Krisis gestaltet sich immer bedeutsicher. In welcher Maße, das er sieht man am besten aus der stetig zunehmenden Arbeitslosigkeit. Aus allen Theilen des Reiches ist in letzter Zeit über diese Zunahme berichtet worden. Ja, hier und da hat die Arbeitslosigkeit, die für alle Dienstleistungen, welche von ihr betroffen werden, das höchste Maß von Elend bedeutet, bereits einen recht bedrohlichen Charakter angenommen. Und dabei steht der Winter vor der Thür!

Nicht mit Unrecht hat man die Massenarbeitslosigkeit ein öffentliches Unglück genannt. Und ohne Zweifel ist es eine unabsehbare Pflicht der öffentlichen Gewalten, der Staats- und Gemeindebehörden, zu diesem Unglück Stellung zu nehmen und ihnen durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Mit einem gewissen Maße von Arbeitslosigkeit hat die dem Kapitalistischen Interesse unterworfenen Gesellschaft immer auch in Seiten sogenannter „normaler“ wirtschaftlicher Verhältnisse zu rechnen. Und beständig muß sie des plötzlichen Ausbruches von Krisen, die zur Massenarbeitslosigkeit führen, gewarnt sein. Um so mehr müssten die Regierungen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erachten, sich über die Lage des Arbeitsmarktes, über den Umfang der Arbeitslosigkeit, beständig genau zu informieren. Aber leider ist in dieser Hinsicht bis jetzt so gut wie nichts geschafft worden. Es fehlt überall in Deutschland an staatlichen Einrichtungen, welche eine regelmäßige, fortlaufende Erhebung ermöglichen. Der Mangel solcher Einrichtungen wird gegenwärtig schwer empfunden. Man steht unter dem Eindruck, daß die Arbeitslosigkeit eine außerordentliche, ist aber nicht im Stande, sie genau erneisen zu können, um die Maßregeln zu ihrer Bekämpfung daran einzurichten. Jetzt erst, nachdem die Krisis schon viele Monate hindurch offenbar gewesen, haben einige Regierungen sich entschlossen, Erhebungen über die Arbeitslosigkeit anzustellen.

Diese Anordnungen sind erfolgt seitens der bayerischen, der bayerischen und preußischen Staatsministerien. Für die Erhebungen in Baden sind folgende Fragen gegeben:

1. ob und inwieweit ein nennenswerter Rückgang der einzelnen Industriezweige im Laufe dieses Jahres bemerkbar gewesen ist oder im bevorstehenden Winter voraussichtlich zu erwarten steht;
2. ob namentlich dieser Rückgang in einzelnen Industriezweigen und in welchen zu Betriebsbeinträchtigungen geführt hat, ob und in welchem Umfang infolge der letzteren Arbeiter entlassen oder versetzungen der Arbeitszeit oder des Lohnes stattgefunden haben;
3. in welchem Umfang und in welchen Erfordernissen für den bevorstehenden Winter Arbeitslosigkeit zu

erwarten steht (mit besonderer Berücksichtigung der von den Arbeitsnachweisenstalten zu erhebenden Auskünfte);

4. ob da, wo Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfang zu erwarten steht, schon seitens der Gemeindebehörden oder von anderer Seite Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen in's Auge gesetzt sind;
5. ob und in welchem Umfang ausländische Arbeiter in der Landwirtschaft und Industrie beschäftigt sind, ob dieselben durch ihr Verhalten zu Beanstandungen Anlaß geben, ob und in welchem Umfang, da wo Arbeitslosigkeit für inländische Arbeiter eingetreten oder zu erwarten ist, noch außerordentliche Arbeiter beschäftigt sind, und welche Umstände etwa entgegenstehen, daß an deren Stelle inländische Arbeiter eingesetzt werden.

In der von der bayerischen Regierung an die untergeordneten Behörden erlassenen Verfügung wird darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse sich in den letzten Monaten verschärft haben, und daß für den bevorstehenden Winter eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu befürchten ist.

Weiter heißt es dann:

„Die in der Ausführung begriffenen Arbeiten bei den staatlichen Straßen-, Brücken und Wasserbauten, dann bei Hochbauten, sind, soweit Mittel zur Verfügung stehen, thunlichst zu befreileigen; insoweit solche Bauten, für welche Mittel vorhanden sind, noch nicht begonnen wurden, sind dieselben möglichst rasch in Angriff zu nehmen... Bei den aus direkten Mitteln genehmigten oder demnaßt zu genehmigenden Bauten und Arbeiten ist auf beschleunigte Ausführung hinzuhören. Ferner sind die Gemeindebehörden, namentlich der größeren Städte, darauf aufmerksam zu machen, wo es im Interesse der Arbeiter, wie im allgemeinen Interesse gelegen er scheint, bezüglich der gemeindlichen Bauten und Arbeiten ebenfalls auf thunlichte Verleihung bedacht zu sein, um so mehr, als die günstigsten Materialpreise nunmehr Erwartungen hierbei erwartet lassen.“

Bei alledem ist auf eine entsprechende Vertheilung der Arbeiten wohlerwogene Rücksicht zu nehmen, um den Arbeiter namentlich während der ganzen Dauer des Winters und bis zum Eintritt günstigerer Verhältnisse in den privaten Betrieben lohnende Beschäftigung bieten zu können. Insbesondere muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei all diesen Arbeiten vorzugsweise in inländische Arbeiter beschäftigt und hierbei in erster Reihe auf verherrachte Arbeiter Rücksicht genommen werde. Neben der Beschäftigung der einheimischen Arbeiter ist auf die Verwendung inländischer Materialien — Bau- und Badsteine, Stoff, Cement, Holzwaren etc. — besonders Bedacht zu legen, um hierdurch die inländische Industrie und Produktion zu unterstützen und dieser es zu ermöglichen, ihren Arbeiterstand thunlichst zu erhalten und beginnende neue Arbeitskräfte einzustellen. Von außerordentlichem Wert ist es, durch intensive Heranziehung der Tätigkeit der Arbeitssämlinge einen Ausgleich zwischen dem Angebot und dem Bedarf von Arbeitskräften in den verschiedenen Bezirken zu vermitteln, und sind die Zentralen der Arbeitssämlinge zu veranlassen, in recht kurzen Zeitschräumen die in ihren Bezirken offenen und geschütteten Stellen an diesem Zwecke für gegenseitig mitzuheilen. Die Strafen- und Flüsbauämter sowie die Landbauämter haben die Mitwirkung der Arbeitssämlinge in Anspruch zu nehmen bei dem Bedarf von Arbeitskräften, insofern sie jochen nicht durch den unmittelbaren gegen seitigen Verkauf zu beschaffen vermögen. Dem weiteren Ausbau der gemeindlichen Arbeitssämlinge ist geeignete Sorgfalt zu widmen. Über den Vollzug und den Erfolg gegenwärtiger Entscheidung ist binnen sechs Wochen zu berichten.“

Und was soll in Preußen geschehen? Darüber liegt bis jetzt nur folgende offizielle Notiz vor:

„Der neuerdings eingetretene Mangel an Aufträgen für eine Reihe von Industriezweigen hat naturgemäß die Arbeitsgelegenheit in Preußen ungünstig beeinflußt. Auf eine Anregung des Ministerpräsidenten Grafen von Bülow ist vom Staatsministerium beschlossen worden, durch die Oberpräsidenten Erhebungen anzufertigen über die Ausdehnung, welche die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Provinzen bereits angenommen hat, über die schon herangetretenen oder noch zu erwartenden Fälle und über die Maßnahmen, die diesen gegenüber insbesondere auch unter Mitwirkung der kommunalen Verbände, zu ergreifen sind.“

Über die Art, in der diese Erhebungen vorgenommen werden sollen, ist bis jetzt nichts bekannt geworden, obgleich bei derartigen Verhandlungen die Fragestellung und Methode von großer Wichtigkeit sind. Wenn sie praktischen Werth haben sollen, so dürfen sie nicht im burokratischen Intransigenzuspielen, und daß für den bevorstehenden Winter eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu befürchten ist.“

Weiter heißt es dann:

„Die in der Ausführung begriffenen Arbeiten bei den staatlichen Straßen-, Brücken und Wasserbauten, dann bei Hochbauten, sind, soweit Mittel zur Verfügung stehen, thunlichst zu befreileigen; insoweit solche Bauten, für welche Mittel vorhanden sind, noch nicht begonnen wurden, sind dieselben möglichst rasch in Angriff zu nehmen... Bei den aus direkten Mitteln genehmigten oder demnaßt zu genehmigenden Bauten und Arbeiten ist auf beschleunigte Ausführung hinzuhören. Ferner sind die Gemeindebehörden, namentlich der größeren Städte, darauf aufmerksam zu machen, wo es im Interesse der Arbeiter, wie im allgemeinen Interesse gelegen er scheint, bezüglich der gemeindlichen Bauten und Arbeiten ebenfalls auf thunlichte Verleihung bedacht zu sein, um so mehr, als die günstigsten Materialpreise nunmehr Erwartungen hierbei erwartet lassen.“

„In der hessischen Kammer hat die sozialdemokratische Fraktion beantragt:

„Die Kammer wolle beschließen, die großherzigste Menge an erlichen, behutsamen Förderung der überall sich fühlbar machenden Arbeitslosigkeit alle irgendwie in Frage kommenden Staatsarbeiten in beschleunigter Weise in Angriff zu nehmen und eventuell der Kammer eine Vorlage über Rechtsarbeiten zugehen zu lassen.“

Auch in einer Reihe von Gemeindeverwaltungen hat man, meistens auf Anregungen, die von Arbeiterversammlungen ausgegangen, die Frage der Beschäftigung Arbeitsloser ernsthaft erwogen.

Der Hoffnung darf man sich aber nicht hingeben, daß die Hilfe der Staatsbehörden und Gemeinden eine ausreichende sein wird. Diese Hilfe ist wieder mal nur eine Gelegenheitsaktion, bei der die Unterlassungsfürden der öffentlichen Gewalten so recht schärfer in die Erscheinung treten. Viele Jahre hindurch hat die Sozialdemokratie unterdrückt von verläßigen bürgerlichen Sozialpolitikern, im Reichstage auf die Schaffung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen gedrungen, welche eine gründliche und umfassende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewährleisten können. Dahin gehört besonders die reichsgerichtliche Organisation des Arbeitsmarktes mit einer über das ganze Reich sich erstreckenden Arbeitsnachweisung. Dieser Organisation sollten die geforderten Institutionen, Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitsamtsmänner, dienen. Dreimal hat die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt. Und immer ist der selbe von den Regierungen und den „staatshaltenden“ Parteien abgelehnt worden. Da man hat ihn von Seiten der Schärmacher fanatisch bekämpft, mit der Behauptung, die

verlangten Einrichtungen würden doch nur dazu dienen, den Einfluß der Sozialdemokratie zu stärken. Jetzt sind wir so weit, daß Regierungen und herrschende Klassen selbst mit banger Sorge der Zukunft entgegensehen, daß sie die Wirkungen der weiteren Entwicklung der Krisis auf die Arbeiterklasse fürchten und wohl oder übel sich entschließen müssen, etwas zu thun. Wir werden ja bald erfahren, ob dieses „etwas“ hinausgeht, wird über flächige Versuche, die Arbeiterklasse zu „beschwichtigen“. Damit dürfte man kein Glück haben. Es ist als sicher anzunehmen, daß die sozialdemokratische Fraktion sofort nach dem Wiederzusammensetzen des Reichstages die Arbeitslosigkeit und die Frage ihrer Bekämpfung im Parlament zur Sprache bringen wird.

Die herrschende Gesellschaft mag nicht erinnert sein an ihre bei der Arbeitslosigkeit in Betracht kommenden Begehungs- und Unterlafungsfürden. Sie hat allen Grund, die gewichtigen Anklagen der Sozialdemokratie zu fürchten. Ihnen zu begegnen, erhebt die „National-Zeitung“ gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie „nichts gethan habe, um in der guten Zeit die Sparhaftigkeit der Arbeiter zu fördern!!! Eine gloriose Idee: die Arbeiter sollen von ihrem Lohn, der auch in der „guten“ Zeit kaum hinreicht zur nothdürftigen Existenzfristung, „sparen“, damit sie in der schlechten Zeit leben können!

Dasselbe nationalliberale Blatt warnt davor, daß die Städte „zu früh“ mit Nothstandsarbeiten vorgehen, es würden dadurch „die Arbeitslosen leicht verlockt, es doch noch weiter in der Stadt zu versuchen, statt sich der Landwirtschaft zu zuwenden!“ So ein Blatt, derselben Richtung, die nichts dagegen einzumenden hat, daß die Arbeiter sich in den Städten ansammeln und daselbst bleiben, wenn die Industrie sie gebrauchen kann!

Wie die Dinge liegen, ist nichts so nothwendig, als daß die Arbeiter selbst energisch sich rüthen, um Staat und Gemeinde zur Gewährung von Arbeitsgelegenheit zu veranlassen. Sie haben ein heiliges Recht, zu fordern: Arbeit und Brod!

Dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe.

In Anwesenheit von etwa 70 Delegirten fand Donnerstag, den 31. Oktober, im Hotel „Taunus“ zu Frankfurt a. M. die dritte Generalversammlung des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe statt. Der Vorsitz führte Herr Berlin, Felsich-Berlin, der die Versammlung um 10 Uhr 20 Min. eröffnete.

Zu seiner Begrüßungrede erklärte der Führer der Frankfurter Bauunternehmer, Stadtoberbürgermeister Büscher: Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband habe sich in der Absicht gegründet, die anliegenden Verbände zusammenzuschließen zu können. Der Verband habe gegenwärtig gewirkt. Aus welchen Gründen der Verband entstanden ist? Erstens, um gegen viele, fast unerschöpfbare Forderungen der Arbeiter Stellung zu nehmen, um den Bestrebungen entgegenzutreten, die auf die Untergabe der Autorität der Arbeitgeber hinzielten, schließlich in der Überzeugung, daß die Führer der Arbeiterorganisationen die Arbeiter zu willelosen Werkzeugen machen wollen. Der Verband ist daher zum Zwecke der Vertheidigung entstanden, um dem Ansturm der organisierten Arbeiterschaft zu widerstehen. Ich werde den Anfaßung unseres Verbandes an den Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberbund in Anregung bringen. Unter der Devise: „Einigkeit macht stark!“ möge die heutige Versammlung tagen.“

Darauf erststattle der Vorsitzende den Jahresbericht. Darnach besteht der Bund aus 82 Landessvereinen mit zusammen 8500 Mitgliedern. Seit der letzten Generalversammlung sind neu hinzugekommen 11 Verbände. 39 Arbeitgeberverbände mit rund 1600 Mitgliedern sind noch nicht angeschlossen, so daß in Deutschland im Ganzen 121 Arbeitgeberverbände (104 im Vorjahr) vorhanden sind. — Die Zeit seit der letzten Generalversammlung in Dresden steht unter dem Zeichen niedergehender Konjunktur, die auch heute noch anhält. Große Orte sind daher auch von Wohnbewegungen verschont geblieben. Die Arbeitseinstellungen werden nur dann im großen Umfange erscheinen, wenn ein Überschuß an Arbeit vorhanden ist und damit zusammenhängend ein Mangel an Arbeitskräften herrscht. Im letzten Jahre waren daher — bei niedergehender Konjunktur — die Arbeitseinstellungen geringer. Zum Zweck der Agitation sind von Hanauer-Stuttgart, Atrans-Berlin und dem bisherigen Geschäftsführer des Verbandes, Habersbrunner, Versammlungen abgehalten worden. Es sind dadurch aber keine großen Erfolge erzielt worden. Auch unser Verband muß sich eben historisch entwickeln und die Erfahrung, die Zusammensetzung muß in alle unsere Kreise dringen. Deshalb kann der Bund auch noch keinen bestimmenden Einfluß haben. Wir können nicht beschließen, wo keine Aussicht vorhanden ist, daß unser Willen auch durchgesetzt wird, denn sonst

versällt man dem Fluge der Lächerlichkeit. Der Bund hat sich begütigt, ein Kommunikationsmittel zum schriftlichen Verkehr zwischen den einzelnen Verbänden zu sein. In der Frage der Gewerbegerichte, ob sie als Friedensgerichtler dienen sollen und anderen Prinzipien, können wir uns nicht binden entscheiden. Die Zeit wird kommen, wo der Bund auch in dieser Beziehung mehr Einfluß haben wird. Jetzt muß die Kraft des Bundes in die Einzelverbände hineingelegt werden, die lädenlos bestehen müssen. Dazu gehört aber eine starke Organisation. Nur mit einer starken Macht kann man Verträge schließen und wird sie halten. Darum muß für die nächste Zeit das Hauptziel die Schaffung und Werbung neuer und der Anfaßung schon bestehender Lokalverbände an den Bunde sein. Große Verbände stehen ihm noch fern. Im Frieden heißt es für den Krieg zu sorgen. Es werden wieder andere Verhältnisse eintreten, und dann wird uns auch — über kurz oder lang — der Kampf, wie schon so oft, in seiner ganzen Schärfe aufgedrangt werden. Wenn wir dann nicht fest organisiert sind, dann sind wir ein Spielball der Verhältnisse, dann können wir nicht ernst genommen werden. (Beifall.)

Zur Wahl des Vorstandes führte Mathomaurermeister Simon-Breslau aus, daß der bisherige Vorsitzende Felsich die Wahl nicht mehr annehmen wollte. Der Berliner Verband, der inzwischen aus dem Bunde ausgetreten ist, hat einen Brief an die Bundeleitung gerichtet, den Felsich als ein Misstrauensvotum ausgefaßt hat. Demgegenüber erklärt Atrans-Berlin, daß der Amtsinhaber bei der Berliner kein Misstrauensvotum gegen Felsich sein sollte; sondern daß seine Spize gegen den seitigeren Geschäftsführer Habersbrunner gerichtet war. Daraufhin wählte die Versammlung Felsich einstimmig wieder, ebenso den übrigen Vorstand: Simon-Breslau, Hanauer-Stuttgart, C. Hildebrandt-Halle, Kelm-Stettin, Melzer-Dresden, Schödel-Magdeburg, mit Ausnahme von Atrans und Atrans-Berlin, die ausgetreten sind. Bei der Frage der Vergabe des Vorortes führte Simon-Breslau aus, daß diese verfrüht und nicht spruchreif sei. Atrans-Berlin erklärt, daß die Personfrage wichtig sei. Felsich habe erklärt, den Vorort nur bis zum 1. April 1902 führen zu wollen. Gaußer-Stuttgart fragt Atrans, ob der Berliner Verband Mitglied bleiben wolle oder nicht. Atrans erklärt, er hätte gebundene Maritätsroute; nur unter bestimmten Voraussetzungen werde der Berliner Verband Mitglied bleiben. Der Gegenstand wird verlassen; Berlin bleibt also Vorort.

Über den Verlauf der diesjährigen Arbeitseinstellungen im Baugewerbe berichtet Mathomaurermeister Simon-Breslau: Es ist schwer, über den Verlauf der diesjährigen Arbeitseinstellungen Bericht zu geben, wenn man nur aus den Zeitungen Kenntnis hat, die bei ihrer verschiedenen Stellung auch verschieden berichten. Infolge der niedergehenden Konjunktur erfolgten die Arbeitseinstellungen meist nur in kleineren Orten. In Mecklenburg brachten zahlreichen Orten Lohnkämpfe aus. Dort endeten sie mit einer Niederlage (Das stimmt wohl nicht ganz, Herr Simon). Die (A. B.) der Arbeitnehmer, soweit nicht einzelne Konzessionen gemacht wurden. In Neustadt ist z. B. vom Arbeitgeberverband die Konzession gemacht worden, daß nur dem Verbands angehörende Maurer eingestellt werden dürfen. (Unruhe, Pfiffen!) Daß in Kassel gescheitert werden, weil wir mit solchen Konzessionen unsere Position verschlechtern. Die heutige Konjunktur muß denkt werden, um solche Auswüchse aus unserem Büchthofleben zu bestätigen.

Der Hauptstreik war in Halle, wo beiderseitig mit großer Energie und Hartnäckigkeit gekämpft wurde. Auch hier behaupteten die Arbeitnehmer, daß die Arbeitgeber kontraktbrüchig geworden seien (mit vollen Recht). Die (A. B.) obwohl das Urteilsherr der Fall war. Es hat dieser Streik 8 bis 9 Monate gedauert, und ich freue mich, daß die Kollegen siegreich gewesen sind. (Das ist ein Pyrrhus-Sieg. Die A. B.) Denn eine Niederlage kann die schlummernden Folgen haben und trügt dazu bei, den Leidenschaft der Arbeiter noch zu steigern. Wenn man schon einmal kämpft, dann aber energisch. In Kiel hat der Streik (Zimmerer) nach wenigen Wochen mit einer gründlichen Niederlage der Arbeitnehmer geendet. Dann waren Arbeitseinstellungen in Friedland, Neustadt, Preußisch, Quedlinburg und Düsseldorf, wo sehr hart gekämpft wurde. Die Forderung der Arbeitnehmer (Düsseldorf Zimmerer). Die (A. B.) daß mit ihnen 25jährige Tarifgemeinschaft gemacht werden sollte, wurde rundweg abgeschlagen. Im Großen und Ganzen sind also die Arbeitseinstellungen zu unseren Gunsten ausgegangen. (Wir werden alsbald die Gegenrechnung aufmachen, woraus Herr Simon ersehen wird, daß sein Jubel garnicht am Platze ist. Die A. B.) Es geht daraus her vor, daß Einigkeit die beste Büchthof für den Sieg ist.

In der Diskussion berichtet Klewe-Schwerin über die Streiks in Mecklenburg. Die Nähe Hamburg's, wo die Leute schnell Arbeit fanden, hat den Kampf sehr erschwert. Das liegt an den Verhältnissen in Hamburg, dessen großer Arbeitgeberverband dem Bunde fernsteht. Bernau-Düsseldorf berichtet über den dortigen Zimmererstreit in seinen einzelnen Phasen: Wir haben die Forderungen, namentlich auf 25jährige Tarifgemeinschaft, rundweg abgelehnt. Wenn sie alle so zusammen-

halten wie wir, dann werden alle Streiks kurzer Hand erledigt werden. (?? Die Redaktion.)

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Stellungnahme des Bundes zu prinzipiellen Organisationsfragen, Tarifgemeinschaften, bemerkt Vorstehender Felsich, daß im Vorstand gestern gewünscht worden ist, den Punkt abzusehen. Denn die Ansichten, ob mit dem Zentralvorstande der Arbeiterorganisationen oder mit den einzelnen Lokalverbänden zu verhandeln ist und wegen der Tarifgemeinschaft, dürfte heute kaum genügend feststehen. Heute ist es vielleicht besser, wenn wir eine abwartende Stellung einnehmen, weil unsere Organisation noch nicht stark genug und die Sachlage nicht genügend geklärt ist. Bindende Beschlüsse würden schädlich sein. Der eine Verband hält Dies für richtig, der andere Falsch. Durch vorzeitige Beschlüsse könnte mancher Verband zum Bunde verleitet werden. Andererseits sind diese Fragen so wichtig, daß sie nicht einfach übergegangen werden können. Ich eröffne also die Diskussion, bitte aber, von irgend einer Beschlusssatzung abzsehen.

Atrans-Berlin befürchtet die Verhältnisse in den Hauptstädten. Dort herrscht das System der gemischten Arbeitgeberverbände. Man rechnet dort mit dem Ausland und steht auf dem Standpunkt, daß auch die Böhme im Bauwesen international Schwankungen unterworfen sind. Die Berliner Bauherren leben in Tarifgemeinschaft mit den Arbeitern und haben damit in der Praxis gute Erfahrungen gemacht. Atrans-Berlin verliest eine sehr ausführliche Gutachtung des Berliner Lokalunternehmerverbands, das sich sehr sympathisch über die Tarifgemeinschaft ausläßt. Die Grundzüge des Tarifgutschriften können wie folgt zusammengefaßt werden: 1. Ruhige, friedliche Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage gültiger Vereinbarungen sind das erste wesentliche Ziel. 2. Jeder Unterband soll selbst nach Mittel und Wege suchen, die für ihn geeigneten sind. 3. Bei der Verschiedenartigkeit im Baugewerbe Deutschlands ist es ein Unding, eine Uniformierung herbeizuführen zu wollen. 4. Die Mängel der Tarifgemeinschaft treten gegen ihre Vorgänger zurück. Auch der 1894 mit den organisierten Maurern geschlossene Vertrag habe seine Fehler gehabt, die bei der Erneuerung der Tarifgemeinschaft beseitigt worden sind. 5. Ein Vertragsschluß ist daher immer zu empfehlen. Die Bauherren sind keine Feudalherren, man kann die Arbeiter in ihrem Gewerbe nicht so von oben herab behandeln. 6. Die Arbeiterschaft ist als gleichberechtigt anzuerkennen. 7. Der Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterorganisation darf nichts im Wege stehen. Die Gegner der Tarifgemeinschaft sagen zwar: Arbeitgeber verhandeln nur mit seinen Gesellen. Ja, wer sind denn diese Gesellen? Bei der Diskussion der Berliner Arbeiterschaft läßt sich die Frage gar nicht beantworten. Ob weiß der Bauherr oft überhaupt nicht, wer bei ihm arbeitet. So schön sich auch theoretisch das Verhandeln mit den eigenen Gesellen anhört, so ist es doch praktisch unmöglich. 8. Was die Bekämpfung der politischen Seite der Gewerkschaften anbelangt, so möge dies ruhig den politischen Vereinen überlassen werden. Zum Beispiel Hamburg stellt sich als Gegner der Amtskraft vor und hält daran, daß das Amtssystem abgeschafft werden muß. Der geplante Lohn von 66 & ist Herr Lummer abwegig hoch. Während der Bauarbeiter darf unter keinen Umständen mehr verhandelt werden. Es ist vorgekommen, daß die Arbeitnehmer (Herr Lummer) „Arbeitgeber“ heißen: Herr Lummer hätte nämlich aus den Reihen seiner Simmungsgenossen Beispiele anführen können. Die (A. B.) sich an vorhergegangene Abmachungen nicht gehalten und während des Bauarbeiter Schwierigkeiten gemacht haben. Was die Verhandlungen mit den Organisationsvertretern anbelangt, so ist wohl die wichtigste Auffassung die des Herrn Blohm von der Firma Blohm & Voß, der keine Einigung dritter Personen in die Verhandlung mit seinen Leuten duldet. Simon-Breslau: Die Frage der Tarifgemeinschaften ist sehr wichtig. Durch eine direkte Verhandlung mit der Arbeiterorganisation wird diese gefährdet. Nur da sollte man mit der Organisation verhandeln, wo sie den Ausschlag giebt, und nur da, wo es überhaupt Nutzen hat. Den Gewerbegerichten steht ich nicht sympathisch gegenüber. Beim ersten sind die Berliner Sozialdemokratie, aber auch die Vorsitzenden dieser Gesellschaft sind gern geneigt, auf die Seite der Arbeitnehmer zu treten. (Sehr richtig!) In Breslau ist beschlossen worden, nie mehr vor dem Gewerbegericht zu verhandeln. Ich stehe auf dem Hamburger Standpunkt, mit den Arbeitern direkt zu verhandeln, des Wortes eingebettet: „Ich bin Mann's genug!“ Struckmann-Bremen vertreibt die Meinung, daß nur mit den Arbeitern zu verhandeln ist, nicht mit der Zentralleitung. Schödel-Magdeburg: Wir verhandeln nur mit den Leuten direkt; wir kennen unsere Gesellen und brauchen keine Vermittler. Bei uns muß jeder Arbeitgeberverband den richtigen Weg zu finden wissen. Busch-Stuttgart erklärt sich im Prinzip mit den Ausführungen der Berliner Kollegen einverstanden. Er hält die Fassung des Bundespalais für ausreichend, um die Selbstständigkeit der Lokalverbände zu gewährleisten. Kelm-Stettin: Wir haben gute Erfahrungen mit der Tarifgemeinschaft gemacht, ebenso mit der Hamburger Zentralleitung, die selbst einmal gegen die von Gehilfen geplante Durchbrechung der Vereinbarung geworfen hat. Felsich-Berlin folgert aus der

Diskussion, daß in den Einzelverbänden weitere Erfahrungen gesammelt werden sollen. Der Bund solle einen Druck auf die Entschließungen der Einzelverbände nicht ausüben.

Beschlossen wurde dann noch die Erniedrigung des Beitrags von 20 auf 10 % pro 1000 Lohnmark zur "Gewinnung neuer Mitglieder". Die Statutenänderung wurde vertragt.

Auf Antrag der Mecklenburgischen Vereine wurde beschlossen, den Hamburg-Altonaischen Arbeitgeberbund zum Anschluß an den Deutschen Arbeitgeberbund zu veranlassen. Ferner wurde beschlossen, die Generalversammlung im Frühjahr stattfinden zu lassen. Die Bekanntmachung des Ortes wurde dem Vorstand überlassen.

Es folgte um 2½ Uhr ein Festessen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streit befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Preußen-Gramzow, Neustettin, Friedland u. Münster. Geperni sind die Bauten des Unternehmers Willems & Wöhler, S. Baumgarten, Karl Baumgarten, Thielke, Körting, Döppling, F. Fahrkenkug, Breil & Küpfert, F. Hödel, G. Nebel, Venor, Höhnen & Sprenger, Rebeschke, Goddai, W. Speng und S. Schröder in Hamburg wegen Arbeitsförderung; in Sagard (Wingen) die Bauten des Unternehmers Galiz; in Wittstock die Bauten des Unternehmers Spangenberg, well er den geforderten Lohn nicht zahlte; in Dannenberg die Bauten des Unternehmers Strauß; in Parchim die Bauten des Unternehmers Sehring; Wahlisch in Podebusk die Bauten des Unternehmers Rädling; in Schönebeck-Salz Neubau der Maschinenfabrik, Unternehmer Brömmel; in Schneidau die Bauten des Unternehmers W. Meyer; in Bremen die Bauten des Unternehmers Tischmann; in Borna in Sachsen die Bauten des Unternehmers Raumann wegen Lohnreduzierung; in Delitzsch die Bauten des Unternehmers Bäcker; in Nienstedten die Bauten des Unternehmers Färber; in Buxtehude die Bauten des Unternehmers Schramm; in Minden die Bauten des Unternehmers Sabirovsky (Elektroinstallatoren).

Von den Zementfabriken Berlins ist über die Firma Höfchen & Peschke die Sperre verhängt worden. Es wurden drei Arbeiter entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel, hinterher suchte die Firma ihrer Arbeit zu erhöhen niedrigeren Löhnen. Um die geplante Lohnreduzierung zu verhindern, wurde die Sperre verhängt.

In Nienburg a. d. Saale ist die Sperre über die Firma Hermann Füßer verhängt worden. Füßer hat verkündet, den Stundenlohn um 8 % zu kürzen; 30 Maurer haben deshalb die Arbeit niedergelegt.

Die Baupreise in Hannover über den Ebdau Heine'schen Bau ist aufgehoben, nachdem Heine sich verpflichtete, sämtliche Forderungen zu erfüllen; bereits am Mittwoch ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Am Dienstag hatten 7 Bürger, welche auf einem anderen Bau, ebenfalls bei Heine, vollauf Beschäftigung hatten, sich nicht abhalten lassen, trotzdem auf den gesperrten Bau Streikbrechende zu leisten. Erst am Dienstag Abend schoss diese Achtzehner das Standabholen ihrer Handlungswaffe ein und räumten Mittwoch früh das Feld.

Aus Minden wird berichtet: Seit dem letzten Streit hat sich hier so stolzschweigend ein einigermaßen leidliches Arbeitsverhältnis herausgebildet, so daß es den Anschein hatte, als sei auf absehbare Zeit der Friede gesichert. Einem auswärtigen Unternehmer, Heinrich aus Hameln, fiel es zwar 'mal ein, unter Stilleben zu führen, daß sofortige Eingreifender Organisation führte aber selbst dazu, daß Herr Heinrich den üblichen Durchschnittslohn von 37½ % bemühte. Bis vor ungefähr 14 Tagen war Alles ruhig, als es dem Maurermeister Herrn Sabirovsky wieder einmal einfiel, von sich reden zu machen. Sabirovsky hat, wie schon mitgetheilt, den Bau des städtischen Elektrofunktwerks zuschlagen erhalten, er hat als Mindenfördernder den Sieg" davongetragen. Das die Stadtbverwaltung fürstig getroffen hätte, daß den an dem städtischen Bau beschäftigten Arbeitern auch ein angemessener Lohn, wenigstens der hier übliche Durchschnittslohn garantiert werde — soweit sind unsere Städtebüro, natürlich noch nicht vorgeschriften. Von dieser Seite aus hat Herr Sabirovsky also freie Hand, den Bogen nach belieben herauszuziehen. Einmal bestimmtes weiß man freilich noch nicht, nur älterste Andeutungen liegen von Sabirovsky und seinem Pariser vor. Einige Maurer, die beim Betonieren beschäftigt waren, haben nur den sonst üblichen Lohn der Hützarbeiter und noch weniger erhalten. Eine Unterhandlung mit der Leitung unserer Organisation hat Sabirovsky abgelehnt, die Mindener Maurer hat er entlassen und sucht von außerhalb die benötigten Arbeitskräfte heranzuziehen. Sein Pariser Städting (er ist von Spanien zugezogen) hat erklärt: Für die "Bauer" waren 30 % genug, sie sollten sich sein, wenn sie im Winter überhaupt Arbeit hätten. Der Unternehmer selbst soll sich sogar damit gebrüllt haben, er wolle den Lohn auf 15 () % herunter bringen. Weiden Herren scheint es etwas sehr wohl zu gehen. Vielleicht haben sie aber doch die Rechnung ohne die Maurer gemacht. Zugang ist natürlich fern zu halten.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Bestellungen auf die Nr. 23 des „L'Operario Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 11. Nov., eingegangen sein. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gebraucht wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operario“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Martinistr. 15, 2. Et.

* * *

Die Zustände im Maurergewerbe in München.

Eine außerordentlich lebhafte Agitation entfaltete in den letzten Wochen der Münchner Zweigverein des Centralverbandes der Maurer Deutschlands unter den Kollegen, leider ohne den entsprechenden Erfolg zu erzielen. In nicht

weniger als sechs an verschiedenen Tagen abgehaltenen Versammlungen sprach der zweite Vorsitzende des Verbandes, Kollege Eiffeling-Hamburg, über das Thema: „Was haben die Maurer Münchens in nächster Zeit zu erwarten?“ Der Referent schilderte in sämtlichen Versammlungen die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände Deutschlands, zeigte die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer von Jahr zu Jahr sich steigerende Zunahme der Verbundenheit von Maschinenträgern, ihrer Massenproduktion und deren Folgen, den Kräften, unter denen die Arbeiterschaft am schwersten zu leiden hat. Er betonte auch die gegenwärtige Krise, alle deren Folgen außer der großen Arbeitslosigkeit auch die Verluste der Unternehmer zu verzeihen sind, überwiegend so, daß sich ein Widerstand nicht geltend macht, die Löhne zu senken. Die Herren sind durchaus nicht gewillt, einen Teil der Wirkungen des Städtegangs auf sich zu nehmen, obwohl die oft sehr hohen Profite der Vorjahre leicht eine vorübergehende Schwächung ertragen. Das Einkommen des Arbeiters während der Zeit des Aufschwungs hat sich keineswegs so gesteigert, daß er eine Milderung seines Lohnes förmlich ertragen kann. So hat sich das Einkommen eines Bauarbeites unter Zugrundelegung des von der Baugewerbe-Berufsgenossenschaft bei Bemessung der Unfallrente angenommenen Durchschnittsverdienstes von M. 672,68 im Jahre 1895 nur auf M. 692,63, 713,22, 742,12 und 755,49 in den nächsten Jahren gesteigert. Im Ganzen also in einem Zeitraum von 5 Jahren nur um rund M. 88. Demgegenüber ist gleichfalls nachgewiesen, daß die Kaufkraft des Gelbes im Jahre 1899 eine weitaus geringere war als im Jahre 1895. So mußte der Arbeiter für genau dieselben Bedarfssatz, wie er im Jahre 1895 für M. 672 ertragen konnte, 1899 M. 742 begegnen, so daß das durchschnittliche von den M. 88 Mehrbedienstet Lohn ganze M. 18 übrig bleibt, was wirklich nicht der Stedewert ist. Wenn demgegenüber der bayerische Ministrerpräsident Graf Craatzheim von so "gutem Verdienst" der Bauarbeiter spricht, so sei dies ein Unkenntnis, wie man sie von so hoher Stelle nicht erwarten sollte. Die Frage, ob auch das Baugewerbe unter einer permanenten Krise zu leiden habe, mußte verneint werden. Obwohl nicht zu verleugnen sei, daß auch hier in fast allen Großstädten und besonders in den Industriegegenden das ganze Gewerbe brach liegt, sei doch zu bedenken, daß an vielen Orten noch wie vor flott gebaut wird. Es kommt hier eben in Betracht, daß das Baugewerbe in weit geringerer Maße vom Weltmarkt abhängt als die Industrie. Von einer Überproduktion im vollen Sinne des Wortes kann im Baumarkt nirgends die Rede sein. Thatzache sei, daß sich allgemein ein Mangel, besonders an Arbeiterwohnungen, fühlbar macht. Die Behauptungen der Baugewerbe und besonders der Generalversammlung des Innungsverbandes deutscher Baugewerbevereine, die am 15. September und den folgenden Tagen dieses Jahres in München tagte: „Die unerträglichen Wohnungsnottheiten seien bedingt durch die Steigerung der Arbeitslöhne und die Minderleistung der Arbeiter“ seien Schwindel. Richtig sei vielmehr, daß die künstliche Steigerung der Grund- und Bodenpreise und besonders der enorm hohen Binsfuß für Bauarbeiter, der zum Theil bis zu 12, 14 und noch mehr Prozent beträgt, die Hauptursache der hohen Wohnungsnottheiten sind. Gerade der unerträglich hohe Binsfuß für Bauplatzkapitalien sei es auch, der die Krise im Baugewerbe herbeigeführt habe. Zugleich kommt, daß ein großer, wenn nicht der größte Theil der sogenannten Baumeister sehr zweifelhaft Clemente sind, Leute, die im Grunde genommen — obwohl sie auf großes Kapital leben — nichts ihr Eigen nennen und von irgend einem Kapitalisten nur als Schmähname vorgeschoben sind. Nur durch dies System werde es bedingt, daß, wie voriges Jahr in München und Dresden, ganz plötzlich ganze Straßenzüge von Neubauten unter den Hämtern kommen, wobei daneben den Arbeitern nicht selten die kleinen Handwerkermaster, die Gehörspitäts sind. Nach einer verhinderten Krise der bielesseitigen Schäden des Steinmeisterstabs wendet sich Redner den allgemeinen Krise geltend machenden Wohnungsnottheiten in München zu und betont, daß Niemand mehr als der Hauptvorstand es bedauere, daß gerade in München heute diejenigen Kollegen, die jederzeit die Organisation hochgehalten, unter den Sünden der indifferenzen Kollegen zu leiden haben. Denn wenn die Unternehmer in ihren unsauberen Gefüßen die Spize geboten werden kann, das beweisen die Wohnungstreits in Halle a. d. S. und in Görlitz. Auch in München hätte sich den Bestrebungen des jedermann „christlichen“ Unternehmers ein „Bis hierher und nicht weiter“ entgegen rufen lassen, wenn wenigstens bis 1700 Kollegen, die im vorigen Jahre dem Verband angehörten, diesem treu geblieben wären. Es könnte nicht als störschädig etabliert werden, wenn man sich darum bereue, weil der letzte Verbandsstag die Beiträge auf einen Stundenlohn erhöht habe, sei es unmöglich, der Organisation länger anzugehören. Für diejenigen Kollegen, die schon vorher ihrer Pflicht gegenüber dem Streitkundschaft genügten, sei von einer Erhöhung der Beiträge keine Rede, indem schon von dem Verbandsstag ein sehr großer Theil der Kollegen höhere Beiträge bezahlte, als sie heute das Statut vorliegt. Die Dreiecksgerechtigkeit aber entspricht nicht dem demokratischen Prinzip, das gleiche Rechte und gleiche Pflichten für Jedermann bedingt. Insbesondere aber setzt zu beachten: der Beitrag von M. 15 pro Woche gleich einem Jahresbeitrag von M. 18 bei 40 Beitragswochen. Diese behauptet man nicht zahlen zu können, während man auf der anderen Seite stillschweigend guseift, wie der Unternehmer um 8 bis 5 % pro Stunde den Lohn hält. Sieghet man hier nur durchschnittlich 8 %, so feien dies täglich unter Zugrundelegung der geistigen Arbeitszeit 30 %, wodurch M. 180 und jährlich auch nur 40 Wochen gerechnet, M. 72, um die man sich nun eintun möchten läßt, ohne auch nur dagegen zu protestieren. Ein Hinblick darauf, daß gleichzeitig das Großgaragierium unter Zustimmung der Regierung sowohl wie auch der Industriekräfte darauf ist, die gesamte Lebenshaltung des deutschen Volkes durch den bekannten Vollarbeitsmarkt ähnlich zu verbessern, ist es unverstehlich, die Maurer Münchens in ihrer unverhältnismäßigen Gleichgültigkeit weiter verharrten zu sehen. Es sei aber nicht anzunehmen, daß die Krise in absehbarer Zeit ihrem Ende entgegen gehe. Die Thatzache, daß trotz der allgemeinen Überproduktion ein fühlbarer Mangel an Arbeiterwohnungen vorhanden ist, werde ja schließlich dazu beitragen, daß im Baugewerbe wieder eine regere Tätigkeit plaziert. Dagegen sei aber zu bedenken, daß gerade in Bayern und besonders in München eine große Anzahl von Arbeitern, die in anderen Berufen ihr Fortkommen nicht mehr finden können, ihr Zuflucht zum Baugewerbe nehmen,

aus dem ganz einfachen Grunde, weil hier eine eigentliche Lehrzeit nicht in Betracht kommt. Das Unternehmertum aber wird seine Konsequenzen daraus ziehen und die Löhne weiter herabsetzen. Wollen die Maurer Münchens in Zukunft nicht noch mehr unter den sich breit machenden Ausbeutungen bestrebungen des Unternehmertums leiden, so sei es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich das ihrer wartende Jahr vor Augen zu halten und energetisch dagegen Stellung zu nehmen. Sie können dies, indem sie ihre Organisation ausbauen zu einem achtunggebietenden Faktor gegenüber dem Unternehmertum.

In der Diskussion wurde in allen Versammlungen der Wertes erbracht, daß die vom Referenten geforderten Bestrebungen des Unternehmertums sich in München mit besonderer Schärfe bemerkbar machen. So wurde in der Versammlung, die am Dienstag, den 15. Oktober, in der Europäischen Kürle in Schwabing tagte, von einem Kollegen betont, daß er seinerzeit wiederholt bei den Firma Müller & Kollmus am Bau der Veterinärakademie vorgegangen um Arbeit nachgefragt, wogegen am selben Tage fünf Italiener eingestellt wurden. Ein anderer Kollege führte an, daß die Firma Heilmann & Littmann am sämtliche Bauteile ein Artikulargerüst ließ mit dem Aufruf, sämtlichen Maurern den Lohn um 2 % zu füren. Diese fanden vielfach 8 und 4 % pro Stunde abogen!! In der Versammlung am 16. Oktober, die im Caféhaus „Zur Südbahn“ (Schlauchhaus) tagte, führte Kollege Walther an, daß er von zwei Jahren für eine Spezialarbeit 60 % pro Stunde erhielt, gegenwärtig aber die gleiche Arbeit, wenn auch bei einer anderen Firma für 48 % zu liefern gezwungen sei. Kollege Gimbel und Kollege Lutz machten ebenfalls Angaben, die dies bestätigten. Kollege Schäfer unterzog die Beschlüsse des Generalverbandes des Innungsverbandes deutscher Baugewerbevereine im Bezug auf die Wohnungsträge sowie auch das Märchen von den enorm hohen Arbeitslöhnen im Baugewerbe einer scharfen Kritik. Horst illustrierte die Wohnungswirtschaftlichkeit der Arbeiter Münchens in nicht gerade einladender Weise. Die Kollegen Brix und Hartl führten gleichfalls Beispiele der Unverträglichkeit des Unternehmertums in München an und betonte Letzterer insbesondere die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit.

In der Versammlung am 17. Oktober im „Wasserburger Hof“ in Haidhausen gab Kollege Sternen bekannt, daß auch der Unternehmer Heilmann seine Macht den Arbeitern fühlen läßt. So wollte er in der Villenkolonie Ludwigshöhe keine deutschen Maurer mehr sehen, da es ja noch Italiener genug gebräucht. Urteile: die Deutschen stehen im Verdacht, das Handwerkszeug zu stehlen!!! Kollege Reinhard hat sich gleichfalls im Laufe des Woche an verfeindeten Stellen überzeugt, daß die Lohnreduzierung eine allgemeine sei. So wurde ihm seitens der Spezialfirma für Klebefassierung, Eichen- und Eisenbau, Albert Kübler, Kurfürstenstraße, zugemutet, am Schlachthaus, auf einem Kommunalbau, für 48 % Stundenlohn zu arbeiten. Ja, an dem gleichen Platz wurden sogar Maurer mit 45 % entlohnt. Gegenwärtig befürwortete diese Firma mehrere Maurer im städtischen Elektrostromamt an der Staubstraße, wo aber neue Kessel unmittelbar neben den alten im Feuer stehenden Kessel eingemauert werden, also bei tieferer Hitze täglich 10 Stunden zum Lohn bis zu 48 % in einem Fälle 50 %. Ein anderes Beispiel: Gegenwärtig dort der Staat etwa 12 bis 14 Kilometer von München, in Gablingen bei Haar, eine neue Kreisstraßenrampe. Den Bau hat in Ausführung die Firma Max Kraut-München. Hier werden an Münchener Maurer Löhne von 48 bis 45 % bezahlt, wobei noch M. 140 höchlich anfallen zu berücksichtigen ist. Dementsprechend sind auch die Löhne der Tagelöhner auf's Neuerliche heruntergedrückt. Um Erweiterungsbau des Stationsgebäudes in Haar (gleichfalls Staatsbau) werden sogar Löhne von 37 bis 40 % für Maurer bezahlt. Name der Firma unbekannt. Da wäre es dem doch am Platze, daß man seitens der maßgebenden Stellen, wenn man sich für den Regelbau nicht entschließen kann, bei Vergabe der Arbeiten in den Submissionsleistungen einen Katharsus einfüge, der eine derartige schändliche Ausbeutung der Arbeiter auf Staats- und Gemeindebauten für die Zukunft unmöglich macht. Kollege Götzinger bemerkte, daß sich die Wirkungen der Krise im Baugewerbe in der Ortskrankenkasse VIII zu München in erschreckender Weise bemerkbar machen. So wurden bis jetzt in diesem Jahr 90 000 mehr an Krankengeld ausbezahlt als im Jahr 1900. Das Gleiche, das aus dieser Thatzache spricht, wird sich aber vorzüglich noch verjüngen.

In der Versammlung am 18. Oktober in der „Centralhalle“, Donnersbergerstraße, für Neubauten und Weitbau, wurde gleichfalls der Beweis erbracht, daß die größte Schlampe auf Staats- und Kommunalebauten herrscht. Kollege Voherlein betonte, daß an diesem Staatsbau nicht einmal ein Abort vorhanden ist, obwohl dort eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt ist. Der Abort in der Reststation „Zur Centralverkäufe“ sei verhüllt und sei bis jetzt die Arbeit gezwungen, erst durch die Schenke zu gehen und ihr Geld zu zahlen, wenn sie ihre Notdurft verrichten wollen. Die Arbeiter müßten verlangen, daß den Baufonturen das Recht eingeräumt wird, auch die Staatsbauten zu kontrollieren. Kollege Farber unterzog den Schulhäusern in Laim einer scharfen Kritik. Hier zahlt der Baumeister Drexler Löhne von 45 bis 50 %. Letzterer Lohn erhielt jedoch nur Dienjungen, die schon 5 bis 8 Jahre bei dieser Firma beschäftigt sind, während früher dieser Lohn allgemein gezahlt wurde. Auf diesem Bau wird den Arbeitern auch noch ein Schuhpfennig abgezogen, obwohl dies geschäftlich ungünstig ist. Auch seien die Arbeiter bei der jetzt doch schon empfindlichen Wartezeit auf's Neuerliche heruntergedrückt. Um Erweiterungsbau des Stationsgebäudes in Haar (gleichfalls Staatsbau) werden sogar Löhne von 37 bis 40 % für Maurer bezahlt. Name der Firma unbekannt. Da wäre es dem doch am Platze, daß man seitens der maßgebenden Stellen, wenn man sich für den Regelbau nicht entschließen kann, bei Vergabe der Arbeiten in den Submissionsleistungen einen Katharsus einfüge, der eine derartige schändliche Ausbeutung der Arbeiter auf Staats- und Gemeindebauten für die Zukunft unmöglich macht. Kollege Götzinger bemerkte, daß sich die Wirkungen der Krise im Baugewerbe in der Ortskrankenkasse VIII zu München in erschreckender Weise bemerkbar machen. So wurden bis jetzt in diesem Jahr 90 000 mehr an Krankengeld ausbezahlt als im Jahr 1900. Das Gleiche, das aus dieser Thatzache spricht, wird sich aber vorzüglich noch verjüngen.

heimischer Maurer für die Fassade des Bahnhofsbaugebäudes an der Arnulfstraße in Höhe von M. 14.000. Das seitens der Regierung betonte Wohlwollen, für die Arbeiterschaft hilft nach Ansicht des Kollegen Fischer nichts.

Ahnlich wurde auch in der am Sonnabend in der Au im Gasthaus „Zum Rottanhof“ stattgefundenen Versammlung über die Anmachungen des Unternehmers geplagt. So wurde z. B. seitens der Firma Preyerle den beschäftigten Maurern belant gegeben, daß in Planegg Winterarbeit vorhanden sei. Zuvor wurde, da dies über Land ist, nicht etwa mehr, sondern weniger bezahlt, nämlich 45,- statt wie bisher 50,-. Wer dafür nicht arbeiten will, der soll's stehen lassen, wird einfach gesetzt.

Ganz besonders aber wurden in der am Sonntag, den 20. Okt., Nachmittags in Gießen im Gasthaus „Zum Martinshof“ stattgefundenen Versammlung nette Zustände aufgezeigt, wobei namentlich die Großfirma Heilmann & Littmann unter die Räder kam. zunächst wurde konstatiert, daß die bei der Filiale Schellinger in Ludwigshöhe in Arbeit gestandenen deutschen Maurer am Sonnabend mühselig zum großen Theil ausgestellt wurden, wogegen die Italiener von Burg Schwaben herangezogen wurden. Kollege Voß hat gleichfalls bei Heilmann & Littmann schlechte Erfahrungen gemacht. So wurde am vorletzten Sonnabend verschiedenen Kollegen, die Jahre lang einer jüngst 19 Jahre, bei der Firma in Arbeit standen, Feierabend gegeben, nachdem die Woche vorher bis um 7, ja sogar bis um 8 Uhr gearbeitet werden mußte. Dagegen wurden die Ausländer weiter beschäftigt. In der Brienerstraße wurde den Maurern für Bogen im Mittord 20,- pro Quadratmeter geboten. Angesichts dieser Abschlägen durfte man sich nicht mehr auf die Unternehmer verlassen, sondern es sei höchst Zeit, daß sich die Maurer einmal aufraffen und sich organisieren. Der 45 Pfennig-Vorschlag brächte keinen um, wohl aber die Lohnverkürzungen. Reuter äußerte seine Ansicht dahin, daß sowohl von Heilmann als auch von Littmann weniger ein direkter Druck auf die Arbeiter ausgeübt wird; umso mehr aber seien es die Pariser, die ihre Progenie aus den Arbeitern ziehen. Dagegen vertrat Kollege Klinger entschieden die Meinung, daß, wenn die Firma Heilmann & Littmann wirklich human gegen ihre Arbeiter gehandelt sei, so ist ihre Pflicht und Schuldigkeit wäre, den allen möglichen Berufen entnommen und als Pariser angestellten Schweißarbeiter befreitlich zu machen, daß sie mit den Arbeitern etwas anständiger umzugehen haben.

Vor Alem aber möge man das System der Projektabschläge beseitigen; denn gerade dadurch werden die Herren verunsichert, daß der Arbeiter bis auf's Neuerste auszubuten. Auch Kollege Klinger wies nach, daß den Stabスマaurern bei Heilmann von 55,- auf 47 und 48,- reduziert wurde. Kollege Leberlein arbeitet in Großhesselohe beim Architekten Brach. Hier wartet der ehemalige Baumeister Weißerhofer als Bauführer seines Umtas mit außerordentlicher Scharfe. Anstatt daß um 9:12 Uhr Mittag gemacht wird, läuft er überall mit 10 Minuten nach 12 Uhr arbeiten, pfeift dann aber ein paar Minuten vor als nach 1 Uhr. So machen sich überall die ärgsten Umstürze des Unternehmers und ihrer Sippe breit. Das schändliche ist, daß sich, wie Kollege Meier anführt, sogar bei sogenannten reellen Firmen die Bauführer schon ausgesprochen haben, daß die Löhne in nächster Zeit noch bedeutend mehr und zwar allgemein herabgesetzt werden sollen. Wenn diese Maßnahmen zur Folge hätten, daß die Maurer Wünschen zu denken beginnen, dann könnte man den Schärfesten nur dankbar sein, denn sie hätte sich die Maurer aus ihrem Stumpfumsturz noch nicht erweckt. Nachdem die Kollegen Fischer und Meier gerade die Gießinger Kollegen ermahnten, endlich einmal den gegenseitigen Hader zu begraben und mit Ernst für eine Verbesserung ihrer Lage einzutreten, sowie auch überall für Verbreitung der Arbeiterpresse zu agitieren, ließ der Referent in seinem vorlesenden Schlußwort noch einmal die Eindrücke der Verhandlungen der ganzen Woche Revue passieren. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: Die Arbeiterschaft darf sich nicht auf ein besseres Jenseits berufen lassen, sondern muß verlangen, daß ihr hier ihr Recht wird. Dafür zu kämpfen bis auf's Messer sei Aufgabe des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Zuletzt ehrlich dankende Berufskollege habe die Pflicht, sich ihm anzuschließen.

* * *

Konferenz für die Agitationsbezirke Hamburg-Altona-Harburg und Kiel.

Die Konferenz fand am Sonntag, den 27. Oktober, in der „Lellinghalle“ in Hamburg statt, 64 Orte waren durch 63 Delegierte vertreten; von den Agitationsskommissionen waren die Kollegen Kober und Henze-Hamburg, Steiniger-Altona, Albrecht-Harburg und Brodtkorn-Kiel und dem Verbandsvorstand Bömelburg delegiert. Um 11½ Uhr wurde die Konferenz von Kober eröffnet, die Delegierten wurden mit herzlichen Worten bewillkommen und aufgerufen, freudig mitzuarbeiten an den Beratungen, damit das Resultat derselben zur Stärkung des Verbandes beitragen möge. Als Vorsitzender stellte über die Tätigkeit der Hamburger Kommission ferner Kober aus: Nachdem auf der Konferenz in Neumünster, 16. April 1900, die Abzweigung der Bezirke Hamburg-Altona-Harburg von der bis dahin für das ganze Gebiet bestehenden Agitationsskommission Kiel beschlossen worden, konstituierte sich die neue Kommission am 8. Mai desselben Jahres. Die erste Arbeit der Kommission war, Führung mit den einzelnen Zabstellen zu gewinnen, um die Vergütungen in dem Agitationsbereich kennenzulernen. Zu diesem Zweck wurde ein Blattular mit den erforderlichen Fragen an sämtliche Zabstellen versandt. Vom Verbandsvorstand wurden der Kommission besonders die Kreise Altona, Dammberg, Stader und Wedel als „dunstige“ Orte zur besonderen Beachtung empfohlen. Obgleich es der Kommission zunächst schwer wurde, Antwortspunkte dort zu erhalten, so sei es doch im Laufe der Zeit gelungen, Zabstellen in Dammberg, Wedel, Trittau und Moorburg zu erreichen. Im ersten Ort gelang es den Kollegen bereits mit Hilfe der Kommission, an Stelle der ellsfündigen die zehnfündige Arbeitszeit durchzuführen, wobei den Stundenlohn von 27 auf 30,- zu erhöhen. Die Organisation wurde seitens der Unternehmer anerkannt. In Ludwigslust, wo sich die Kollegen jetzt Jahren „in den Haaren lagen“, ob Central oder Lokalorganisation am vorliegenden sei, ist es der Kommission gelungen, bei der Streit zu schließen und alle Volksorganisationen dem Verbande zuzutreten, wodurch dem Verband eine Zahlreiche mit circa 50 Mitgliedern entstanden ist. An anderen noch

nicht organisierten Orten sind die Vorarbeiten soweit geblieben, daß in nächster Zeit Zabstellen errichtet werden können. Auch in einigen Orten, wo noch „Gewerkevereine“ bestehen, werde es in allerhöchster Zeit gelingen, diese Kollegen dem Verbande zuzuführen. Nicht in allen Orten, wo die Kommission bereits tätig war, ist unsere Sache genügend fortgeschritten, weil es der Kommission an Zeit und Kräften fehlt. Am Gebüttel habe es der Kommission nicht gefehlt, dagegen sei das schriftliche Agitationsmaterial, das seitens des Vorstandes zur Verfügung gestellt wurde, nicht ausreichend; die Kommission fühlt sich verantwortlich, selbst Flugblätter drucken zu lassen. Neben dieser allgemeinen Agitation sind Kreiskonferenzen abgehalten worden, um die Grenzen der einzelnen Zweigvereinsbezirke festzulegen, sowie begünstigt der Kosten und Buchhaltung befehlend auf die Kollegen einzutreten. In dieser Beziehung sehe es bei den verschiedenen Kollegen noch recht mangelsartig aus, obwohl der gute Willen in den meisten Fällen vorhanden sei; die Schuldfälle lage an der ungenügenden Schulbildung. Auch würden die Käffner seitens der Zabstellmächtigen nicht immer genügend unterstützt und kontrolliert. Zu rügen ist ferner, daß oft in den Versammlungen Stunden lang über kleine und kleinliche Dinge geredet und gedreht wird, wodurch viele Verhandlungsbefähigungen abgewendet werden; die Organisation wird dadurch geschwächt, oft sogar zu Grunde gerichtet. Die Kommission habe stets befürchtet, die örtlichen Streitigkeiten zu schärfen, was ihr in den meisten Fällen auch gelang. Die Gesamtähnlichkeit der Kommission kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Agitationstreifen 139, Kreiskonferenzen 3, Zabstellenrevisionen 7, Verwaltungssitzungen 12. Zur Vermittelung bei Lohnstreitigkeiten und sonstigen Differenzen mit den Unternehmen wurde die Kommission zweitens Mal in Anspruch genommen. Die Korrespondenz belief sich an Ausgängen auf 222 Briefe, 161 Postkarten, 8 Postanweisungen, 231 Drucksachenabfertigungen, 9 Padete. Eingegangen sind: 144 Briefe, 59 Karten, 8 Telegramme, 7 Drucksachen und 7 Postanweisungen. Außerdem wurden 180 Zabstafte verfaßt, sowie 350 Flugblätter und Lautsetzer. Dant Kassenbericht hieß die Kommission folgende Einschätzung: Von Borkum erhalten M. 1100, von Elmshorn 10, Uelzen 10, Nienstedten 20, Bergedorf 10, Wandsbek 20, Altona 22, Wedel 10, Barmbek 20, Glückstadt 20, Summa M. 1245. Ausgabe: Arbeitsversammlung M. 157,20, Diäten 45,70, Fahrkarte 436,85, Stimmen der Kommission 94,05, Porto, Schreibmaterial und sonstige kleine Ausgaben 88,33, Summa M. 1211,98. Der Kassenbericht betrug am 24. Oktober M. 33,07.

Den Bericht der Kieler Kommission erhielten Kollege Brodhuhn. Auch in Kiel habe es an geeigneten Kräften gefehlt und in mehreren Orten sind die leitenden Kollegen unserer Zabstellen der Kommission nicht immer genügend entgegengekommen. Verschiedene Zabstellen haben weder Berichte eingereicht, noch auf Briefe der Kommission geantwortet. Die Kollegen in Soltau und Friedeborg liegen in Zweifel mit den Kollegen auf der anderen Seite des Wehrs, in Soltau und Friedeborg. Die Löhne in Soltau sind niedriger als auf der anderen Seite und die Soltauener und Friedeborger Kollegen glauben, daß ihnen die Friedeborger unberichtigter Weise Konkurrenz machen. Die Mitgliedszahl in Neumünster ist infolge des fast ein Jahr dauernden, ungünstig verlaufenen Streits von 200 auf 150 zurückgegangen. Es ist aber auch zu berücksichtigen, daß in Neumünster die Arbeitslosigkeit in diesem Sommer sehr groß war. Einige Orte haben es nicht für nothwendig gehalten, der Kommission die Resultate der Agitation mitzuteilen. In Cinnamont hatte die Kommission: Kassenbericht am 1. April 1900 M. 111,80, von den Zabstellen Flensburg M. 10, Kiel 50, Eddernörde 10, von Borkum 50; Summa M. 281,30. Ausgabe: Diäten M. 71, Fahrgeld 41,05; Porto und Schreibmaterialien 11,66, für Arbeitsversammlung -95, für Agitation nach Südsylt 20, nach Kiel 12,96; Summa M. 177,82. Bleibt Kassenbericht M. 53,08.

Zur Diskussion bemängelte Böhm-Altona einen Posten von M. 8,60, der an Einstellung für eine Konferenz in Münster ausgegeben worden ist. Redens beantragt, diesen Posten zu streichen. Der Antrag wurde, nadem der Käffner Steiniger den Sachverhalt klar gestellt, mit großer Mehrheit abgelehnt.

In der Nachmittagssitzung wurde den Käffnern einstimmig Deckcharge ertheilt; bei dem Käffner der Hamburg-Altonaer Kommission wurde auf Antrag Böhm eine Gratifikation von M. 25 bewilligt. Die Zahl der anwesenden Maurer aus dem auf der Konferenz vertretenen Orten wurde auf 882 angegeben, davon nichtorganisiert resp. in uns feindlich gefühlten Organisationen 1098. In 22 Orten werden die Beiträge einschließlich in drei Orten zum Theil, in 24 Orten in der Verhandlung erhoben, für die übrigen 5 Orte wurden keine bestimmten Angaben gemacht. In 21 Orten ist die Arbeitsgelegenheit für dieses und das kommende Jahr gut, in 9 Orten mäßig, in 13 Orten schlecht und in den übrigen unbekannt. Kauf-Hamburg beansprucht, daß aus dem Bericht nicht herorgehe, ob die Mitgliedszahl in den beiden Bezirken zu- oder abgenommen habe, ob die Löhne in den beiden Bezirken zu- oder verlängert, ob die Löhne gestiegen oder gesunken seien.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Gemeinschaft nach den Beschlüssen des letzten Verbandsstages in Mainz referierte Bömelburg. Er verließ zunächst die Beschlüsse des Verbandsstages in Halberstadt, wo die bisher bestehenden Agitationsskommissionen eingefestigt wurden. Eine Einrichtung, wie die jetzt zu schaffende, war damals nicht möglich, weil gesetzliche Bestimmungen hinderten im Wege standen. Auch war es damals nicht möglich, eine so große Anzahl Kräfte zu bekommen, weil erst mit der Entwicklung der Organisation fühlbar sich auch aus bestehenden heraus brauchbare Kräfte entzünden hätten. In weiterer Verlauf seiner Rede erläuterte der Delegent das vorliegende Regulativ für den Gau und bat um unbedingt einstimmige Annahme desselben.

Auf Antrag Böhm-Hamburg wurde sofort in die Spezialberatung eingetragen. Abweichend von der Vorlage wurde bestimmt der Delegation zu Konferenzen beizugesellen: Zweigvereine und Zabstellen bis zu 100 Mitgliedern wählen einen Delegirten; Zweigvereine bezgl. Zabstellen mit größerer Mitgliedszahl können für weitere 200 Mitglieder einen Delegirten mehr einführen.

Besitzlich der Diäten wurde beschlossen: Für einen ganzen Tag mit Nacht M. 6, für einen Tag ohne Nacht M. 5, für einen halben Tag M. 3. Weiter wurde beschlossen, daß aus den Sofortfakten der dem Gau angeschlossenen Bereiche pro Mitglied und Jahr 20,- an die Gauläufe abzuhüpfen sind. Die beiden Sommerquartale werden zur Berechnung herangezogen und soll das Geld auch in dieser Zeit an die Gauläufe abgeführt werden. Im Übrigen wurde das Regulativ mit den noth-

wendigen reaktionellen Änderungen nach dem Muster der schon gegründeten Gau eingetragen.

Dann hielt Bömelburg einen tiefs zu Herzen gehenden Vortrag über die Notwendigkeit und die beste Art und Weise der Agitation, der von den Delegirten mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Wegen die Kollegen dem Gehalt auch beherzigten und in ihren Heimatdörfern stets daran handeln.

Ein Antrag, Flugblätter zu den Versammlungen zu verbreiten, wurde abgelehnt. Ein Antrag des Zweigvereins Apenrade: „Das Verbandsorgan einmal monatlich für die Nordfriesischen Kollegen in dänischer Sprache erscheinen zu lassen, oder doch wenigstens eine Beilage in dänischer Sprache herauszugeben, da die meisten Kollegen im Norden der deutschen Sprache nicht mächtig seien, wurde dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag Peteren, Agitationssbrochüren herauszugeben, wurde abgelehnt. Auf Antrag Bömelburgs wurde der Gauvorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß das Gangebot in Zweigvereins- und Lohnbezirke eingetheilt wird. Alle übrigen noch vorliegenden Anträge wurden abgelehnt.

Hierauf wurden die Wahlen zum Gauvorstand vorgenommen. Die bisherige Kommission schlug vor, für den Gau einen befehlten Beamten anzustellen. Das Verbandsrecht sprach dagegen. Der Antrag der Kommission wurde gegen drei Stimmen angenommen. Als Gehalt für den Gauvorstand brachte die Kommission M. 170 monatlich in Borchig, Hahn-Hamburg-Bremervörde und Lübeck-Lüneburg voraus, dagegen, M. 2000 sei viel zu viel. Für Wilsede-Lüneburg sprachen dagegen, M. 2000 sei viel zu viel. Ein Maurer in Hamburg, Schröder-Neumünster und Lübeck-Lüneburg sprachen dagegen, M. 2000 sei viel zu viel. Ein Maurer in Hamburg, Schröder-Neumünster und Lübeck-Lüneburg sprachen dagegen, M. 1800 sei die für den Gauvorstand zu leistende Arbeit gut bezahlt. Bömelburg bemerkte, wenn er sein Gehalt nach Stundenberechnung berechne, er kann so viel wie ein Hamburger Maurer. Der Beamte müsse im Winter aber ebenso viel Stunden arbeiten wie im Sommer. Auch werde der Beamte wohl keinen Sonnabend frei haben, sondern fast immer im Dienste der Organisation arbeiten müssen. Die Arbeiter können mit ihren festigen Löhnern nicht auskommen, und wie kämpfen darum mit Recht fortgelebt zu Lohnabhängigkeit. Wenn es aber der Wille unserer Kollegen noch nicht möglich gewesen ist, sich einen menschenwürdigen Lohn zu erkämpfen, so können wir daraus doch keinen Grund herleiten, unsere Beamten mit denselben Hungerlöhnern abzupressen, wie die Unternehmer für den Arbeiter zahlen. Heute sprachen Hahn-Hamburg und Lübeck-Hamburg und Sebastian-Stade. Der Antrag Hahn's wurde dann gegen wenige Stimmen angenommen. Zum befehlten Vorsitzenden wurden Steiner-Kiel und Steinberg-Kiel vorgeschlagen. Da erstere beiden vereinbart, wurde Kiel per Affirmation einstimmig gewählt. Genauso einstimmig wurde Steiner zum Käffner gewählt und zu Hense-Hamburg.

Nach einem kräftigen Schlusswort Kobs und einem dreimaligen, mit Begeisterung ausgetragenen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz um 8 Uhr abends geschlossen.

Warum? Gott sei Dank! Ich bin gesund und habe meine grünen Glieder; das ist für Unsereins das Beste. Ich kann arbeiten und hab' es nicht nötig, mich an den Verhandlungen der Arbeiter zu beteiligen. So kann ich an jedem Tag arbeiten und reden, kann die Arbeit, unsere engeren Berufskollegen nicht ausgenommen, Gehalt, Gesundheit und ungehörige Arbeitskräfte sind kostbare Güter. Aber ist denn der einzelne Arbeiter im Stande, sie sich zu erhalten? Kein! Wenn weiter gar kein Grund vorlage zur Organisation, dann müßten die Arbeiter sich schon deshalb vereinigen, um sich gegen die vorzeitige und übermäßige Ausnutzung zu schützen.

Die Kollegen sollten bedenken, daß gerade im Baugewerbe die meisten Unfälle passieren. Und wie gar bald ist Einer, der gestern noch auf seine Arbeit pochte, heute schon zum Skriptipfel gehörten. Das Unglück ist passiert, weil die nötigen Schutzausrüstungen an dem Gerüst fehlten, und weil die Aufsicht überaupt pflichtvergessen in der Erfüllung ihrer Aufgaben handelt. Der verunglückte Kollege und alle Delegirten, die mit ihm jagten, daß er's nicht nötig ist, sie haben auch dann und wann darüber zu jagen, daß er wohl gekannt, sie haben auch unredliche Plätze — das große Wort geführt; in Unschärheit haben sie aber nicht den kleinen Finger gerührt, um die Mütstände beizutragen zu helfen. Der Organisation haben sie fortgesetzt Skriptipfel in den Weg gelegt, und dem kleinen Häuslein der verunglückten Kollegen war es nicht möglich, gegen den Unverbund anzutreten. Nun liegt er auf dem Bauplatz mit geschwollenen Knöchen, der Kollege, der sich nur auf seine Kräfte verließ. Und wenn seine Glieder einigermaßen zusammengeknüpft sind, muß er vor Antonius zu Pilatus laufen, um sich eine Insultation zu erwerben. In vielen Fällen tritt er auch die Nacht; er kann ja noch arbeiten, hat der Vertrauensarzt der Berufsgruppe konstatiert. Auf dem Bau freilich will man ihn nicht haben, der Bauunternehmer braucht Leute, die er viel umher heben kann, die Maurer und Bauarbeiter müssen gewisse Arbeitskraft sein, und dazu eignet sich ein Skriptipfel nicht. Sein Loso ist: mit Papier, Band und Streichhölzern pausieren zu gehen und Ultrojen zu erbitten. — Hätten alle „neunmal weiße“ Kollegen thätigstädtig in der Organisation mitgewerkelt, dann wären vorausichtlich die gewissen Mütstände auf den Wauten befreit und dadurch überzeugendfälle erheblich eingeschränkt worden. Nebenbei wird der berüchtigte Käffner von seiner Organisation mit Rath und That unterstützt, er erhält unentgeltlichen Rechtschutz.

„Ich hab's nicht nötig!“ sagen wiederum andere Kollegen. Ich bekomme den Lohn, den ich fordere, für mich hat die Organisation daher keinen Zweck.“ Gernach, alter Freund! Es kommt die Zeit, daß auch Dir der Lohn gefüllt wird, auf Kosten Deiner Mitarbeiter hat Du vielleicht einen etwas höheren als den Durchschnittslohn erhalten. Aber so höhst Du die Organisation infolge Deiner und Deinesgleichen Unternehmung nicht im Stande ist, der dem Unternehmertum einzuwohnen. Dies nach Lohnreduktion widerstand zu leisten, dann wirst auch Du geschoren. Hättest Du Deine Wirkung gezeigt, dann hätte die Organisation bestimmt genug, um die unbedingten Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie zu befriedigen; und die Unternehmer hätten es nicht wagen dürfen, in Zeiten schlechter Baulosungsfaktur den Arbeitern Lohnabzüge anzubieten. Aber Dich dauerter die paar Pfennige, die Du wöchentlich für die Organisation opfern solltest. Du

Wie wohl gar ein Schmarotzer und Leberträger, der seine Arbeitsstolzlosigkeit bei Unternehmer und Barfüßer verflacht und befürchtigt ist, diejenigen, die für die Organisation, für die Freiheit der Arbeiter eintreten, zu maßregeln. Hui, schwäne Dick, schlechter Kerl! Nun hast auch Du Deinen Lohn. Der Unternehmer weiß, dass Du eine Pump bist, er hat Ratten darauf gejagt, aber er braucht Dich jetzt nicht mehr. Du triegst einen Tritt und magst sehen, wo Du jetzt in der schlechten Welt Unterkommen findest. Wenn Du Glück hast, darfst Du um 5½ die Stunde billiger arbeiten als bisher. Und das ist Dein eigenes Werk. Vielleicht dient Dir dieser Vergang als heilame Lehre. Wenn Du nicht ganz verstdt bist, bestellt Dir Dich und schließt Dich Deinen organisierten Berufsstolzlosen an.

„Wir haben's nicht nötig!“ antworten recht leid und ganz ohne Überlegung viele junge Burschen. Vorläufig haben sie Arbeit, ob über der Dienstzeit ausreichend um Erhaltung des Lebens, datum kümmern sie sich nicht selbst sehr; sie stecken die Fülle unter Vater's Tisch, und Mutter sorgt, daß dem guten Jungen nichts abgeht. Aber es kommen andere Zeiten. Die Arbeit geht auf die Reise; Vater hat selbst nichts zu tun, und Peter muß in die Fremde, um sich sein Vortrag zu verbreiten und Land und Leute kennen zu lernen. Das ist sehr läßlich, und es wäre nur zu wünschen, wenn alle unsere jungen Kollegen sich einige Jahre wohlßen in der Welt umher und zu tüchtigen Männern heranbildung. Da ist es aber wiederum außerordentlich nützlich, wenn die jungen Kollegen auch der Organisation angehören. Die wenigen Sprungstufen sind auf der Reise bald aufgesegnet und „feierten“. Es ist nicht Ledermanns Sache, die dem Verband angehörenden Kollegen brauchen aber nicht mutlos zu werden, sie dürfen die von der Organisation ausgesetzte Kleiderunterstützung beziehen, womit die wandernden Kollegen sich notdürftig über Wasser halten können.

Es liegen sich noch recht viele Gründe anführen, warum alle Arbeiter, alle Maurer insbesondere, es nötig haben, sich ihrer Organisation anzuschließen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß unser Verband eine Beihilfe in Sterbehilfe der Mitglieder, sowohl als deren Ehefrauen zählt. Wie oft mögen Kollegen vor kommenden Fällen nicht in der Lage sein, das nötige Geld zur Beerdigung ihrer Frauen zusammen zu bringen; noch weniger vermögen es die Witwen, ihre verstorbenen Männer einzigermaßen anständig zu beerdigen. Ist es da nicht Pflicht eines jeden Kollegen, sich diese Beihilfe zu sichern? Gerade in einer Zeit, wie wir sie jetzt erleben, leidet der meiste Arbeiter am Alten noch. Er ist entweder arbeitslos oder verdient so wenig, daß er kaum die notwendigen Lebensmittel für die Familie erschwingen kann. Es fehlt an Kleidungsstücken, an Feuerung, eine warme Stube zu bereiten; steht nur der Mann oder die Frau, dann wird das Elend noch viel größer. Der Kollege muß Ernennungserfolgung in Umtreppelung nehmen. Davor will ihm die Organisation schützen. Man wird eintheilen, daß die vielleicht gesellsten Kollegen in solchen Zeiten auch keine Beiträge zahlen können und daß sie daher der Mitgliedschaft und der Unterstützung verlustig gehen. Dem ist entgegen zu halten, daß die Beiträge höchstens geahndet werden können, eigentlich sollen. Jeder Kollege ist in der Lage, in der Zeit der besten Arbeitsgelegenheit, die Beiträge für einige Wochen im Voraus zu zahlen; er muß sich nur daran gewöhnen, die Beiträge für seine Organisation, die ihm eine bessere Lebenshaltung garantieren will und kann, als eine durchaus notwendige Ausgabe annehmen. Die Beiträge in unserer Organisation sind gewiß nicht hoch, sie machen im Durchschnitt nicht den fünfzigsten Theil eines Wochenlohnes aus. Nebenbei werden für die drei Wintermonate keine Beiträge erhoben. Jeder Kollege kann die Beiträge zahlen, ohne sich fühlbar Opfer aufzuziehen. Jeder Kollege, der ehrlich bestrebt ist seine eigene Lage und zugleich die Lage der gesammten Arbeiterschaft zu verbessern, muß der Organisation beitreten. Jeder Arbeiter, der seiner Organisation angehört, muß für sie gebeitet haben, daß die Organisation stärker an Mitgliedern und Macht wird. Nur dann sind wir in der Lage, Würde die von den Unternehmern betriebenen Vergleichsverhandlungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren, und nach dieser Zeit uns bei jeder Verhältniß zu erkämpfen. Dafür läuft im Colleger, allerorts, unermüdblich kämpfend.

Ein Kollege aus Berchtesgaden

Eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Berlin II.
tage am 31. Oktober im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Des schwachen Besuches wegen wurde der in Aussicht gesetzte
nommene Vortrag vor der Tagesordnung abgelegt. Kollege
Wanier gab die Namen im letzten Quartal verstorbenen
kollegen bekannt, deren Andachten durch Ergeben von den Blüten-
zeichen wurde. Laut Abrechnung ist eine Einnahme von
M. 19 885,54 und eine Ausgabe von M. 12 540,82 zu ver-
zeichnen. Für die Loslotsefeste ein Bestand von M. 6547,42.
Die Neubörser befürchteten die Nichtigkeit der Abrechnung, worauf
der Kassiführer entlastet wurde. Ein Antrag des Neubörsen Lemm
den Vergütungsformeln aufzugeben und der Loslotsefeste zu über-
weisen, wurde angenommen. Des Weiteren wurde von der
Versammlung eine genau speziellere Abrechnung des Ver-
gütungskomites vor der Dampfpferterei verlangt; selbiges zu über-
familierten Bezirken zugestellt werden. Der Kollege A. Winkel-
wundert sich, daß nur so wenig Verbandszahlprotokolle verkauft
worden sind, die doch als sehr gutes Agitationsmittel zu be-
trachten sind, und ermahnt alle kollegen, sich in den Beispielen eines
Prototypus zu setzen. Verschiedene Redner kritisierten die über-
hand nehmenden Mitgliedsstände auf den Bauten und ermahnten
eimüthiger zusammen zu arbeiten. Nachdem noch Kollege Winkel-
wunder auf die Städtebaudenkmäler hingewiesen hatte,
wurde die Versammlung aufgelöst.

erfolgter Schluss der Versammlung.

Aus Neukettlin wird uns geschrieben: Als wir unter Streit noch vier Monaten für heimet erschienen waren, dicht wie trüben Blüdes in die Zukunft, weil wir erwarteten, daß die Unternehmer nun Alles versuchen würden, um unsere Organisation zu zerstören oder wenigstens zu schwächen. Nichts was allein ist geschehen. Entweder glauben die Unternehmer, wir würden jetzt, nachdem wir den Streit verloren, auch noch die Legte, was wir aus diesem Schlußfuß gezeichnet haben, uns Organisation, berätherisch verlassen, oder sie glauben, daß eine Arbeiterversammlung die erst Raum der Organisation begekreten und es fertig bringt, länger als vier Monate im Kampf auszuharren, sich ihre Organisation nicht wird nehmen lassen. Trotzdem giebt es eine, wenn auch nur geringe Anzahl Kollegen, die dem Verbunde den Rücken gebrebt haben. Dieleben werden jedoch, den hier in der Organisation thätigen Kollegen, auf-

arauf hingewiesen, daß es in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges erst recht unsere Pflicht ist, treu zur Organisation zu halten. Wir sind auch der Hoffnung, diese Kollegen wieder ähnlich dem Verbande einzuführen. Die Mehrzahl der zumindest bestimmten hat schon ihrer Pflicht genügt. Die Zustände auf den Bauten sind derart, daß sie wohl einer eingehenden Sicht bedürfen. Bährend wir sonst Baubuden nur nach Hörenenken samten und Männer wie Arbeiter gezwungen waren, ihr Erfolgsbild auf der Straße zu vergehen und sich zu erfaßten, nachdem sie sich vorher gearbeitet hatten, haben wir nun die Freude, am Gesamtausbau nebst einer Breiterube und sogar mit Dad. zu schauen. Wer wogt dient die Bude? Damit der Beamte der Unternehmer (G. Neubauer & A. Rönström) seine Bezeichnungen aufzunehmen und das Handwerk untergebracht werden kann. Damit ist

ino das Handwerkzeug untergebracht werden kann. Daß Zweck erfüllt. Punkte und Tische sind nicht in der Hude, auch Fenster hat sie nicht und trotzdem Fußboden fehlt ebenfalls. Die Maurer und Arbeiter müssen also nach wie vor auf der Straße liegen. Vor einigen Jahren war auf einem größeren Bau (Gerichtsgebäude) eine Baubude aus Holzglocken, vollständig den Vorrichtungen und Anforderungen genügend, errichtet. Und wozu wurde sie benötigt? Zum Lagern von Zement usw. Auf dem Kreisbauhof findet man auch einen Abort, aber was für einen. Der erste wurde auf Geheiß des neuen Bauführers (der erste Bauführer, der die Streikbrecher beaufsichtigte, ist gegangen worden), weil er (der Abort nämlich) einen unerträglichen Gestank verbreitete, da er seit dem 1. April, dem Tag, an dem der Streik begann, nicht gereinigt worden war, abgerissen. Aus demselben Material wurde nun ein „neuer“ Abort, ungefähr 40 m weiter von Haus aufgerichtet. Das Sitzbrett ist eine fantaige Latte, die Wände Schalbretter, eine Thür ist nicht vorhanden, denn an einem Ende haben die Bretter nicht zugehangen und die hierdurch entstandene Delle bildet den Eingang. Solch Zustände herrschen in Neukettl. Die Polizei schaut nur dazu da zu seiu, um im Falle eines Streiks die „Arbeitswilligen“ zu beschützen; behufs Kontrolle hat wahrscheinlich seit Jahrzehnten kein Polizeibeamter einen Bau betreten.

nauer untersuchen können, und namentlich inwiefern sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Parteiorganisationen für möglich halten", so könnten sich die Hamburger Parteigenossen damit zufrieden geben, weil sie mehr von Anfang an genügt gefordert hatten.

Aber die Unwirksamkeit des Parteitagsschlusses soll nach Herrn Weinhausen auch dadurch dargetan sein, daß die Hamburger "Genossen", wie Herr Weinhausen sie zu bezeichnen beliebt, nicht furzer Hand den Ausdrück vollzogen, sondern sich noch auf Unterhandlungen eingelassen haben, aus Angst vielleicht vor den Partei-Institutionen. Herr Weinhausen muß sehr wenig vom praktischen Leben verstanden haben, sonst könnte er nicht an einer solch abjurden Behauptung kommen.

Damit Sünder Parteifans haben auch zwei Abgesandte

Dem Süderbaronietage haben auch zwei angehörende Hamburger Altonaer als Zuhörer beigewohnt. Sie werden die Erfahrung gemacht haben, wie dies ja auch zu Genüge aus dem Protokoll hervorgeht, daß in den Verhandlungen über ihre Angelegenheit kein einziger Redner, selbst hier nicht, etwas Gutes über ihr Verhalten und das ihrer Mandatsträger gesagt hat; alle Redner haben sich im Gegenteil sogar missbilligend über dasselbe ausgesprochen. Bei einer derartigen allgemeinen Verurteilung des Thums der Hamburger Altonaer lag die Vermuthung nahe, daß sie nunmehr in sich geben und ihr die Gesamtheit schädigendes Kreieren einfstellen würden. Aus diesen Erwägungen heraus hat denn auch die Hamburgische Parteigenossenschaft nicht sofort den Ausfluß hollzogen, sondern zunächst einen Vermittelungsversuch unternommen. Ob dies nun Herrn Weinhausen unangenehm ist oder nicht, kann man Hamburgische Parteigenossenschaft gleich sein. Weiser ist es au-

Hamburger Parteigenossen sind jetzt von jedem Fall, er schlägt auf sie, als daß er sie lobt.
Dasselbe gilt auch für die Gewerkschaften und ihre Freunde, die sich ebenfalls den Sorn des Herrn Weinhausen ob ihres Verhaltens zu dem Eideshelfer Parteitagsgesell zusogen haben. Ihre "Zürcher Gewerkschaftsblätter" finden Gnade vor seinen Augen, das Organ der Buchdrucker, der "Correspondent", und das Organ der Bergarbeiter, die "Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung". Das Herr Reinhäuser, der Redakteur des "Correspondent", die Befürwortung des national-socialistischen Führers finden würde, deßen waren wir sicher, ist doch in seinem Blatte, das sozialrechte Blatt der deutschen Großbourgeoisie nicht ausgenommen, in schmählicher Weise auf Alles das gefeuhtet worden, was Sozialdemokratie heißt, oder mit ihr im Zusammenhang steht. Das Lob, das dem "Correspondent" von Herrn Weinhausen gezeigt wird, können wir ihm von Herzen; er hat es redlich verdient. Das Genohe Hue, der Redakteur der "Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" das ihm gegebenen Lob ruhig einstehen wird, bestimmt wir, hat er doch jüngst einer bereits schon früher veröffentlichten Artikel entnommen und reproduziert, welcher eine scharfe Abfrage an alle seine sogenannten Freunde, zu welchen er auch ungewißhaft Herrn Weinhausen rechnet, enthält, auf den braucht Herr Weinhausen als Eideshelfer sicherlich nicht zu regnen.

Der übrigen Gewerkschaften und ihren Organen wort unterschiedlos horgevoren, daß sie vor der sozialdemokratischen Partei den „Rotau“, den Baudruck, gemacht hätten und daß an einer bedingungslosen, ja an einer freien Unterwerfung der deutschen Gewerkschaften unter den Scheidesspruch der sozialdemokratischen Partei nicht mehr zu zweifeln sei. Den Befluss im Rotau sollen wir verdrückt haben durch die Bemerkung, die wir einem Versammlungsbericht angehängt hatten, die Kollegen möchten sich nunmehr nachdem der Parteitag gefasst, einer Schild des Scheidspruches enthalten. Wir fühlten uns durch diesen Vorwurf nicht getroffen; er enthielt für uns eher Lob als Zabel. Oder hat Herr Meissner im Ernst wirklich geglubt, mit wieder nach der Art aller Mörger und Ständer nach dem Parteitag, mit diesem Spruch wir uns aufzudenken geben könnten, ja der den Gewerkschaften durch die Annahme der Resolution Bernstein mehr gab, als sie gefordert hatten, die Streitart von Neuen ausgraben und Zwieträcht, Hass und Abneigung gegen die Partei, der wir ebenso lange Zähre angehören, wie der Gewerkschaft, hineinragen? Vielleicht, denn die Heftigkeit seiner Ausführungen in der Zeit lassen darauf schließen. Er mag dabei wohl auch im Stillen die Hoffnung gehabt haben, daß bei diesem allgemeinen „Mäderadat“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei ein nicht unerheblicher Theil Arbeiter von dieser Partei abschwenkt und mitfliegen lässt, um in das offizielle reiche aber truppenarme Lager des national-sozialen Partei übergehen werde. Diese Hoffnung ist ihm allerdings gründlich verborchen und das auch wohl sein Verger über die Gewerkschaften und ihre Presse, die das Liebeswerben der Nationalsozialisten so ganzlich ignorieren.

andere freimüdigkäufige Stellung der Partei gegenüber einzunehmen. Der vielmehr stetige Schiedspruch ist durch die Annahme der Bütcher'schen Resolution de facto, wenn auch nicht formell, aufgehoben; er fand also kein Streitobjekt mehr sein. Und außerdem hat die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu der Partei durch die Annahme der Bütcher'schen und Werner'schen Resolutionen eine Würdigung erfahren, mit der sie aufreihen sich könnten.

"Hoffnung läßt nicht zu Schanden werden", sagt ein altes deutsches Sprichwort. Herr Weimann mag sich ja die Zeit nicht lang werden lassen, vielleicht erfüllt sich seine Hoffnung noch einmalst bei einem anderen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Wenn er auf diese Hoffnungen hinarbeitet sollte, dann wird sich bei ihm sicherlich das andere gute Sprichwort bewahrheitet, was wir aus Höflichkeit nur andeuten wollen: "Hoffen und Gatten...".

Dr. M. Baur.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Aachen. (Baukontrolle.) In der letzten Woche hat die von der Bauwirteiheit gesetzliche Kommission für Bauarbeiteraufsicht die vierzig Neubauten kontrolliert; die Kontrolle erstreckte sich auf 32 Hochbauten und eine Badunterführung, bei welchen Arbeiten zur Zeit ungefähr 450 Arbeiter beschäftigt sind. Nur auf drei Bauten waren die Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt und 11 Baubuden wurden vorgefunden, die auch noch zum Theil nur der Aufbewahrung von Baumaterialien dienten. Die Buden für die Arbeiter sind in einem hämmischeren Zu-

stande, das Regenwasser läuft durch die Bedachung. An den Bauten, wo die laut § 32 der Baupolizeiordnung vorgeschriebenen Dächer fehlen, müssen die Arbeiter während ihrer Es- und Ruhepausen in feuchten Kellerlöchern oder im Freien kampieren, in der jetzigen Jahreszeit besonders unheimlichkeiten, um die den Bausarbeiter wahrscheinlich jeder Spießbürgert betreuen wird. Das die Wohlerhaltung gleichfalls überaus traurig sind, kann schon jeder mit den Bauten vertraute Mensch aus der Erfahrung der Unterflusstürme schließen. Morele waren an zehn Bauten einzigermaßen benutzbar, an vier Bauten ziemlich schlecht und an 18 Bauten findet man selbst mit doppelten Brillen die kleinen Häuschen nicht; die Arbeiter verlieren ihre Arbeitszeit entweder in den Kellerräumen, oder sie müssen eine in der Nähe liegenden Wirthshäuser aufsuchen und dann natürlich auch etwas verzeihen. Die Gerüste und Holzstangen werden mangels Platz, leistete zum Theil auch garnicht abgedeckt; die unten am Bau und im Innern desselben beschäftigten Arbeiter sind immer durch herabfallendes Material gefährdet. Die Lautschriften bestehen in der Regel aus zwei, zuweilen auch drei nebeneinanderliegenden Brettern, die weder durch Trittstufen gegen Außenwände, noch durch Geländer gegen Absturz gesichert sind. — Im Laufe dieses Jahres sind der Kommission 21 Unfälle, darunter 8 mit tödlichen Ausgängen, bekannt geworden; 7 Unfälle hatten schwere und 11 leichtere Verletzungen zur Folge. Die baupolizeilichen Vorschriften stehen lediglich auf dem Papier. Die Bausarbeiterfirma müsste natürlich auch ehrlicher arbeiten, um bessere Verbündnisse zu schaffen. Die Organisationen sind leider bis zu schwach und die meisten Arbeiter lassen sich, weil sie noch keinen Halt in der Organisation zu finden wussten, alles Mögliche von den Unternehmern bieten. Die Kommission für Arbeitsschutz nimmt Meldungen über Unfälle im Restaurant von Solingen, Alexanderstr. 109, entgegen.

Sagen i. W. Bei dem Abriss eines Gewölbes der Eisenbahnüberführung bei Edeleb wurden durch den unvorhergesehenen Einsturz eines größeren Maurerteiles mehrere Arbeiter verschüttet. Ein italienischer Arbeiter wurde als Leiche unter den Trümmern herbeigezogen und zwei Arbeiter starben kurz nach ihrer Ankunft im Krankenhaus. Zwei weitere Arbeiter und der Unternehmer wurden schwer verletzt.

Kassel. In den letzten Wochen war wieder eine Reihe zum Theil schwerer Unfälle zu verzeichnen. Am 12. Oktober stürzte ein Dachdecker, in Arbeit bei Henkel & Sohn, von einem Bau. Mit zerstörtertem Klimmlade und erheblichen Wunden an Armen und Beinen wurde der Unglücksfall durch die Sanitätskolonne ins Krankenhaus überführt. — Am 15. Oktober wurde ein Arbeiter bei der Kanalisationssarbeiten in der Moritzstraße verprügelt. Der Arbeiter befand sich ungefähr 1 m tief unter der Erdoberfläche, als plötzlich die Erdmassse in's Rutschen geriet und ihn völlig begrub. Der angestrengte Thätigkeit seiner Mitarbeiter gelang es, ihm nach Verlauf einer halben Stunde wieder zu befreien. Als Glücksumstand muß bezeichnet werden, daß der Verprügelter außer erheblichen Kontusionen am Kopfe weiter keine Verletzungen dabeigetragen hat. — Am selben Tage starb ein Zimmermann vom zweiten Stockwerk herunter und trug nicht unerhebliche Verletzungen davon. — Am 19. Oktober stürzte am Bau Stecher an der Holländischen Straße ein 22 Jahre alter Maurer aus dem dritten Stockwerk. Das Unglück passierte beim „Leben der Handmauer“. Die äußeren Verletzungen waren nicht groß, die inneren Verletzungen dienten aber um so schwerer sein. Die Sanitätskolonne war telefonisch benachrichtigt und alsbald zur Stelle. Wer trifft die Schuld in solchen Fällen? In sehr vielen Bauten fehlt es an genügendem Gerüstmaterial (Gerüthholz, Klammern, Ketten usw.). In wieder anderen Bauten sind die Gerüststühlen nicht mehr zuverlässig (verrutscht, verrostet). Auch wird bei diesem und jenem Parker den Leuten zum Rüsten nicht die genügende Zeit gelassen. Diese mangelhaften Baupolizeibestimmungen und Unfallsicherungsvereinbarungen stehen zum größten Theile auch nur auf dem Papier. Schon das Defizit ist von den organisierten Maurern resp. Bausarbeitern das gerechte Verlangen gestellt, in die Baupolizeiordnung eine Bestimmung aufzunehmen, welche besagt, daß beim „Über der Handmauer“ von Stage zu Stage ein Hängerüst anzubringen ist. Bis heute ist solches nicht geschafft, wahrscheinlich, weil man die Forderungen der Arbeiter als ungerechtfertigt, als unterschätzt bezeichnet. In diesem Falle sieht man wieder, wie gerecht die Forderung der Arbeiter ist. Ware ein Hängerüst dageweisen, wäre der junge Mann nicht in die Tiefe gestürzt, sondern höchstens ein Meter tief bis auf das Fanggerüst. Sollte der Gesetzgeber sterben oder lebenstätig als Schriftsteller, als halber Mensch sein, dann füllt unermüdlich fristen müssen, so ist dies lediglich durch das Fehlen des Fanggerüstes verursacht. Hoffentlich wird sich nun die Polizei dazu bequemen und ihre Abfälle schaffen bzw. den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen.

Plauen i. B. Am 21. Oktober verunglückte der Maurer Karl Pfeil dadurch, daß ihm aus einer Höhe von 1½ m ein Bruchstein auf das linke Bein fiel. Der Verunglückte liegt schwer krank im Krankenhaus.

Meldinghausen. Am 30. Oktober verunglückte am Neubau des Architekten Rohlig der Maurer August Klingenberg aus Hannover; er wurde durch Erdmassen verprügelt. Er hatte einen Graben ausgegraben, um Abwasserleitung zu legen. Der Graben war etwa 2 bis 2,50 m tief, die Erdwände waren nicht abgestützt. Er war jedenfalls in gebückter Stellung, als die Erdmassen über ihm zusammenbrachen und wurde als Leiche zu Tage gefördert. Der Verunglückte war sich der Gefahr nicht bewusst. Nach geschehenem Unglück wurde ein Parker an den Bau beordert, um die Arbeiten zu überwachen. Für das Unglück wird wahrscheinlich Maurermeister Dör, der die Arbeit übernommen hat, verantwortlich gemacht. Dieser sowie sein Bruder, der Bautechniker ist, hatten vor dem Unglück, am Vormittag, die Gefahrlosigkeit, ohne wahrscheinlich das Abschleifen des Erdreichs angeordnet zu haben.

Biel (Schweiz). Am Freitag voriger Woche stürzte die Hälfte eines im Bau befindlichen vier Stocken hohen Hauses ein. Sieben Arbeiter wurden verprügelt und verletzt. Die Arbeiter waren mit dem Aufrichten des Dachstuhls beschäftigt. Der Dachstuhl schmette nach dem Einsturz ziemlich frei in der Luft und stürzte an der einen Seite nur auf eine stehe gebliebene Steinplatte. Der 28jährige Italiener Luigi Biroli ist bald nach dem Transport ins Spital gefahren. Ein Zweiter ist in Lebensgefahr, während die Anderen mit Quetschungen, einer

mit einem Armbruch, davonkommen. Ein Glück, daß zur Zeit als der Einsturz erfolgte, die meisten Arbeiter das Gerüst verlassen hatten, sonst hätte die Katastrophe viel traurigere Folgen gehabt. Als Ursache des Einsturzes wird das Nassigkeit (1) angegeben, welches das Trocknen des Mörtels verhinderte. Das Gebäude besteht aus gewöhnlichen Bruchsteinmauerwerk.

* **Fünf Monate Gefängnis für Vernichtung von Arbeit.** Am September voriger Jahres stürzte in Köln auf dem Grundstück Wolfsstraße 10 ein vierstöckiges Gebäude zusammen, wobei 12 Arbeiter zu Tode kamen. Dem Arbeiter Josef Janzen und dem „Mauermeister“ Böhl wurde die Schule an dem Einsturz beigezogen und wegen fahrlässiger Tötung wurde Janzen zu drei Monaten und Böhl zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die von den Verurtheiten eingeklagte Revision ist nunmehr vom Reichsgericht verworfen worden.

* **Submissionsbüchlein.** In **fanterie-Kaserne** in **t. in Schwerin i. M.** für die Zimmerarbeiter waren 9 Angebote von 8 Schweriner- und einem Warenarbeiter Meister eingegangen. Das höchste lautete auf **M. 13.336**, das Warenarbeiter Meisters auf **M. 9.833**. Für Steinmetzarbeiter waren von vier auswärtigen und einer Schweriner Firma Angebote gemacht, darunter das höchste war **M. 714**, das niedrigste **M. 534**. Für Schmiede- und Gienarbeiter waren 6 Angebote eingegangen, deren höchste **M. 2.785**, deren niedrigstes **M. 1.819** forderte. Für Klempnerarbeiter waren von 5 Schweriner und einem auswärtigen Meister Angebote gemacht; das höchste derselben forderte **M. 1.853**, das niedrigste **M. 1.536**. — Vor kurzer Zeit ist der Bau einer katolischen Kirche in Düsseldorf dem Unternehmer Nordmann aus Bremen übertragen. Die Differenz unter den Zugelassenen betrug zwischen dem Höchst- und dem Niedrigstfördernden **M. 44.000**. — Die Offerten auf Übernahme der Arbeiten für den Oberdurstschöpfer oberhalb Ratisbon bewegten sich zwischen **M. 18.000** und **M. 58.000**, also eine Differenz von der Kleinigkeit von **M. 122.000**. Vertraglich waren die Arbeiten auf **M. 150.000**. Eine Differenz von **M. 14.000** war bei den Offerten für den Bau eines Industriehausgebäudes in Nürnberg zu verzeichnen. Dabei war der Preis der Submitten nur ein ganz enger, er beschränkte sich auf nur „solide“ und leistungsfähige Baufirmen. — In Mülheim a. d. Ruhr waren die Auftragsarbeiter in Schulen in kleinen Posten zu vergeben; bei drei Posten differierten die Angebote zwischen **M. 817,81** und **M. 552,93**; **M. 526,41** und **377,18**, und zwischen **M. 632,97** und **M. 327,42**. Bei den übrigen Posten war die Differenz nicht erheblich.

* **Riesenchorsteine.** Auf dem Grundstück der chemischen Fabrik „Rhenania“ auf der Rheinau in Mainzheim ist ständig ein Kamin von 122 m Höhe erbaut worden. Zwei Männer waren fünf Monate daran beschäftigt. Zum Bau wurden 1.051.000 Ziegeln aus bestem Material verwendet, welche in acht Höhen mit zusammen 422 Waggons herbeigeschafft wurden. Der Kamin ist von außen und innen bestiegt und führen 360 Eisenstufen hinauf. Das Fundament hat einen Durchmesser von 16,80 m. Die Kaminhöhe hat unten einen Totaldurchmesser von 9,80 m, welcher sich bis zur Spitze auf 8,80 verjüngt. Die untere innere Weite des Kaminrohrs beträgt 3,60 m, und an ihrem äußeren oberen Ende 2 m. — Die höchsten Chorsteine stehen bei Freiberg in Sachsenbrückener Hütte von 140 m und in Port Dundas bei Glasgow in Schottland von 187 m Höhe.

Aus anderen Berufen.

* **Zur Auspeppung der Tabakarbeiter in Nordhausen.** Ist zu melden, daß nach neuerlicher Verhandlung der Kommissionen mit den Fabrikanten diese erklärten, event. einen Theil der Ausgeperchten wieder einzustellen und nichts gegen die Organisation unternehmen zu wollen. Darauf wurde beschlossen, den Kampf aufzugeben, der somit 27 Wochen gedauert hat. Da noch ein großer Theil Ausgeperchte zu unterstützen ist, ist ein großer Theil der Ausgeperchten nicht viel gegeben werden kann, ist die Aufrechterhaltung des Boykotts über die Fabrikate der bekannten acht Unternehmen notwendig.

* **Der Zimmererstreit in Düsseldorf wurde aufgehoben.** Allgemein ließ sich die Forderung, für dieses nicht durchführbaren, die größere Zahl der Streitenden könnte jedoch zu den geforderten Bedingungen in Arbeit treten.

* **Die Differenzen der Düsseldorfer Stoffställe mit der Firma Basman & Knauer.** wurde zu Gunsten der Streitenden beigelegt. Ein „christlicher“ Stoffstall, Vorsteher eines „christlichen“ Vereins, wurde entlassen, nachdem der Kaufleiter von den in Centralbank organisierten Stoffstallen nachgewiesen worden, daß der „christliche“ Bruder seine Arbeitskollegen verleumdet und beleidigt hat. Mit dem „sozialdemokratischen Terrorismus“ war es wieder einmal nichts.

* **Ausland.** Nach einer Statistik des Vorstandes des österreichischen Maurerverbands waren von 4610 Mitgliedern im Monat Oktober 1903 arbeitslos. In einigen Orten überstieg die Ziffer der Arbeitslosigkeit 50 prozent.

— **Arbeitslosigkeit in Norwegen.** Auf dem Arbeitsnachweis in Christiania haben sich im Monat September in der Abteilung für Männer 1222 Arbeitslose gemeldet und nur 344 offene Stellen wurden angemeldet. In den berücksichtigten Erwerbszweigen war das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften wie folgt: Landwirtschaft und Forstwirtschaft 61 und 23; Metall- und Maschinenindustrie 24; Holzwarenindustrie 88 und 6; Bau gewerbe 141 und 63; Nahrungsmittel und Getränke 32 und 10; Landtransport 808 und 95; Wassertransport (Seefahrer) 42 und 0; ungerührte Arbeiter 236 und 78. — In der Abteilung für Frauen betrug die Anzahl der Arbeitssuchenden 498, die der offenen Stellen 550; besetzt wurden 325 Stellen. Obgleich es ein großes Glück ist, heißt es in dem offiziellen Bericht, daß alle Aufmerksamkeit durch das milde Herbstwetter begünstigt wird, so ist es leider wahrscheinlich, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter gerade so groß sein wird, als im vorigen Jahre. Im September 1900 kam der Laut Statistik des Arbeitsnachweises auf je 100 Arbeitssuchende 304 offene Stellen, im selben Monat dieses Jahres ist der Prozentsatz nur 28,1.

Polizei und Gerichte.

* **Tellersammlungen fallen nicht unter den Begriff „Öffentliche Kollekte“.** Zwei Arbeiter hatten in einer Ver-

sammlung von Fabrik, Land- und Hälftearbeitern die Teller kontrolliert, in welche die Versammlungsteilnehmer freiwillige Beiträge zur Deckung der Kosten hinzu legten; einer der Kontrollen hatte zu der Sammlung aufgerufen. Beide Arbeiter wurden angeklagt und vom Landgericht Berlin als Verurteilungshof auch verurteilt. Auf ihre Revision wurden sie jedoch von Kammergericht mit folgender Begründung freigesprochen: Teller sammelnden gehörten überhaupt nicht zu den öffentlichen Kollektiven, welche § 11 Nr. 4 der Instruktion für die Oberpräsidenten von 1825 erwähnt und die Genehmigung des Oberpräsidenten bedürfen. Die Entstehungsgeschichte dieser Instruktion wie auch der Vorlesung der sozialdemokratischen Tagespresse für die ferneren wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in Deutschland und darüber hinaus geltig ist.

Die Schadensersatzpflicht bei Arbeitskämpfen. Beim Hamburger Landgericht ist jetzt ein Zivilprozeß anhängig, dessen Ausgang nach den Darlegungen der sozialdemokratischen Tagespresse für die ferneren wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in Deutschland und darüber hinaus geltig ist.

Dieser Prozeß resultiert aus dem großen Auspeppungen, die im Sommer 1900 an den Hamburger Werften und Docks auf Beschluss des Verbandes der Eisenindustriellen (Mitglieder des vom großen Hafenarbeiterstreit betroffenen Arbeitgeberverbandes) vorgenommen wurden, um den Streit der Pierer auf der Heiligensee-Schiffswerft, einer berühmtheitlich geringen Anzahl Arbeiter, niederzuwerden. Die damals ausgetretenen, nach Tausendenzählenden Arbeiter wollen jetzt im Wege der Zivilprozeß Erlass für den ihnen durch die Auspeppung zugefügten Schaden beanspruchen. Die Höhe der geltend gemachten Forderungen bewegt sich in den einzelnen Fällen zwischen **M. 200** und **400**. Summengesamt dürfte das Klageobjekt bei den mehreren Tausend Ausgeperchten zw. **5 Millionen** Mark überschreiten. Es werden nun jedoch nicht sofort alle Mann auf einmal klagen, sondern vorläufig haben 11 Metallarbeiter die ihren durch die Auspeppung erlittenen Schaden aufzunehmen. S. 8202,40 berechnen, eine Art Probelage angestrengt, um die Rechtsfrage im Prinzip bis zum Reichsgericht durchzuführen.

Das Reichsgericht hat in einem Falle, wo die Sache in gefertigt lag, schon einmal entschieden. Ein Unternehmer hatte Arbeiter verlängert, weil er durch ihre rechtswidrige Arbeitsverweigerung geschädigt sein wollte. Es handelt sich um den Fall des Kommerzienrates Kühn in Stuttgart-Berg. Dieser hatte von einer Heilbronner Gießerei, in der ein Streit ausgetragen war, die Fertigstellung von Arbeiten übernommen. Seine Formen weigerten sich über die „Streitarbeit“ zu machen. Er drohte ihnen mittels Einschlages in der Fabrik mit sofortiger Entlohnung; er machte mit 20 Formen Ernst, die bei ihrer Weigerung beharrten. Außerdem strengte er gegen diese 20 Männer eine Schadensersatzklage an, und er berechnete seinen Schaden, der ihm aus Mindereinnahmen und Mehraufwand für Löhne durch die Arbeitsverweigerung entstanden war, auf über **M. 2000**. In allen Instanzen drang er mit diesem Schadenergänzungsprinzip durch. Das Oberlandesgericht Stuttgart und das Reichsgericht gaben überdies noch dem Theile des Klageantrages auf Sollbarhaft der Sammlung für die eingelagerte Gefäßformforderung statt.

Nach diesem Urteil rütteln allerdings die Arbeiter bei Arbeitsverweigerung, die in solchen Fällen bei organisierten Arbeitern ausnahmslos beschlossen werden, eine Schadensersatzklage des Unternehmers gegen sie. Über die Rechtsfrage des Urteils geht auch die Unternehmer an. In den Entscheidungsgründen heißt es:

„Die Befragten meinen zwar, der Kläger habe den erlittenen Schaden selbst verursacht, da sie bereits gewesen seien, andere Arbeiten zu verrichten, und der Kläger die von ihnen verweigerten Arbeiten durch andere Arbeiter habe ausführen lassen können. Aber das Recht kann dem Dienstherren nicht zumutbar sein, sich der rechtswidrigen Arbeitverweigerung seiner Arbeiter in dieser Weise zu fügen; seine Stellung und ein ordnungsmäßiger Betriebserhalt würden durch unbillbar werden, von einem Verschulden des Klägers kann keine Rede sein.“

Wir haben schon nach Bekanntwerden dieser Entscheidungsgründen darauf hingewiesen, daß dieselben es den Arbeitern ermöglichen, mal den Spieß umzudrehen. Unternehmer auf Schadensersatz zu belangen. Wir können aber nicht umhin, stark Zweifel zu äußern, daß der Hamburger Fall analog dem in Stuttgart-Büchenhausen liegt. Die Formen mußten, wollten sie dem Gesetz genügen, das Arbeitsverhältnis hindringen und konnten erst nach Ablauf der Fristen nicht mehr aufgerufen werden. Die Hamburger Werkarbeiter hatten aber, wenn wir richtig informiert sind, keine Kündigung, sie konnten daher auch jederzeit entlassen werden, ohne daraus ein geistiges Recht auf Schadensersatz herleiten zu können.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Hamburger Kläger nicht einfach entlassen, sondern ohne ihr Verdienst ausgeschlossen wurden, und zwar auf Beschluss des Verbandes der Eisenindustriellen; die Ausgeperchten sind 9 bis 16 Wochen arbeitslos gewesen. Es ist für uns auch nicht allein Zweifel, daß der Wille der Werkbestreiter darauf gerichtet gewesen ist, den Ausgeperchten eine Vermögensschädigung aufzuzwingen. Das aber ein dahingehender Beweis vom Gericht als erbracht angesehen wird, vermögen wir nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu glauben.

Nach den Ansichten hervorragender Rechtsanwälte soll der Prozeß aussicht auf Erfolg haben. Wir glauben nicht daran.

Und — wir gesetzen es offen — wir wünschen auch nicht, daß die Arbeiter diesen Prozeß gewinnen! Denn sonst wäre in der That der Ausgang des Prozesses höchstens für die ferneren wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter. Dann könnte es eben neue Kämpfe auf der heutigen Basis mehr geben.

Heute ist es doch noch mehr als zweifelhaft, ob die der Klage zu Grunde gelegten Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Auslegung fähig sind, daß die Gewerkschaften mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden können für den

Schaden, der den Unternehmern durch Streiks und Sperren zugefügt wird. Wenn aber die Hamburger Werksbesitzer über den Verband der Eisenindustrie beruhigt werden, dann brauchen die Schaffnäher nicht mehr auf die Urtheile der englischen Vorstädte zu verzweigen. Dann wird das Hamburger Urtheil ein Sturzzeichen sein für ungezählte Klagen und Urtheile gegen die Kosten der Gewerkschaften und gegen die Streikenden selbst. Zu den kriminellen Verfolgungen angeblicher Straftaten der Streikenden tritt dann die zivilrechtliche, deren Folgen in gar keinem Verhältnis zu dem Gewinn, den die Arbeiter durch vereinzelte Urtheile gegen die Unternehmer erzielen könnten.

Verschiedenes.

Bruno Schönlant †. Nach schwerem Leidem ist am 30. Oktober Genosse Schönlant gestorben. Im Frühjahr hat ein schweres Herzenleiden den überaus thätigen Mann aus der Arbeit gerissen, und alsbald stellte es sich heraus, daß auf Gehendung nicht zu hoffen sei. Bruno Schönlant wurde am 16. Mai 1859 in Mühlhausen in Thüringen als Sohn eines Lehrers geboren. Er studierte in Berlin, Leipzig, Kiel und Halle Philologie und Nationalökonomie; in Halle erwand er den Doktorgrad. Nach Absolvierung seiner Studien stellte er sich der Partei zur Verfügung und arbeitete an verschiedenen Parteiblättern. 1890 fiedelte er nach Berlin über, wo er als Redakteur des "Vorwärts", später als freier Schriftsteller thätig war. Am 1. Oktober 1894 übernahm er bei der damaligen Neuorganisation des Blattes in Leipzig die Chefredaktion der "Leipziger Volkszeitung" und bekleidete diesen Posten bis zu seiner schweren Erkrankung. Die hohe Bedeutung der "Volkszeitung" und die hervorragende Stellung, welche das Blatt in der Parteipresse und der Presse überhaupt erobert hat, ist in erster Linie sein Werk. Seit dem Jahre 1893 vertrat Schönlant den Wahlkreis Breslau-West im Reichstage.

* **Bei der Wahl der Arbeiterverteilten zum Reichsversicherungsamt** siegte in den Abteilungen, für die Gewerbe und die Landwirtschaft die von unseren Gewerkschaften aufgestellte Liste der Kandidaten. In der Abteilung für den Seemannsberuf blieben unsere Kandidaten leider in der Minorität.

* **Die Gewinne der Kohlenbarone.** Durch eine gestiegene Nachfrage nach Kohlen machen die Kohlenbarone den Preise nochmals in die Höhe zu treiben; in Anbetracht des wirtschaftlichen Niederganges, den die Herren dazu benötigen, um die Löhne zu türmen, ein doppelt verwerfliches Beginnen. Die Kohlenbarone sind mit den risigen Dividenden, die sie in den letzten Jahren bezogen haben, noch nicht zufrieden, und es ist deshalb wohl angebracht, die zahlreichen Gewinne, die sie in den letzten sechs Jahren aus den Bergwerken gezogen, einmal aufzuzeigen und die "Weizheimerheit" der Herren zu illustrieren:

Name der Aktiengesellschaft	Dividende in Prozenten					
	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Arenberger Bergbau	35	40	50	60	65	75
Wismarschütte, Oberhafen	9	15	15	19	19	24
Concordia, Bergbau	5½	7½	18	19	19	21
Consolidation-Schafe i. Westf.	8	12	15	18	22	25
Eintracht, Braunkohlenwerk	7½	8½	10	11	14	
Eichweiler Bergwerk	8	0	14	15	15	20
Gelsenkirchen, Bergwerk	6	7	7½	9	10	10
Georgs-, Marien-, Bergwerks- und Hüttenverein	5	5½	8	8	10	10
Harpener Bergwerk	5	6	8	9	10	11
Hibernia, Bergwerksgeellschaft	4	5½	7½	9½	12	12
Hombach, Berg-, Gruben- und Hüttenverein	5	8	12	14	17	15
Kölner Bergwerksverein	9	9	12	16	20	20
König Wilhelm-Bergwerk	5	5	12	15	15	20
König-Wilhelm-Bergwerk St. Pr.	10	10	17	20	20	25
Königs- und Laurabüro	4	8	10	18½	16	16
Magdeburger Bergwerks-Aktien-gesellschaft	18½	25	28½	30	27	35
Nordhafen, Steinofen	4	7	10	10	14	16
Publ.-Bergwerk, Saar	10	10	18	11	11	15
Pluto-Bergwerk, Eisen	5	5½	8½	11	20	20
Rheinisch-Westfälische Bergwerke	0	1	5	7½	12½	15
Rombach, Hüttenverein	8	8	12	18	15	20
Röhriger Braunkohlen	7½	9	12	18	18	18
Schalker Gruben- und Hüttenverein	7½	15	22½	80	42½	75

Die Gesellschaft "Arenberger Bergbau" hat darauf in sechs Jahren 825 p.ßt. Dividende vertheilt, d. h. Jemand, der die Aktien zum Nominalpreis gekauft hat, erhält sein angelegtes Kapital in jenen sechs Jahren 82 mal wieder zurück. Selbst wenn man annimmt, daß nur wenige Aktien- oder Aktienbesitzer ihre Papiere zum Nominalpreis übernehmen haben, ist die Verzinsung groß genug gewesen, um auch hohe Kurse zu überdecken. Dennoch können neue Versuche zur Preisstreberei nur wünschlich genannt werden.

* **Reform des Submissionssverfahrens.** Seitens des bayerischen Landtages wurde eine Kommission eingesetzt zur Vorberatung einiger Anträge, die die Vergabeung öffentlicher Arbeiten betreffen. Die Kommission hat nun folgende Beschlüsse gefaßt: Bei allgemeiner Submission für Arbeiten von M 500—10 000 ist der Rücklauf jenem Betreiber zu erhalten, der unter seinem Angebot den Mittelpunkt jämmerlicher Angebote nach unten gerechnet hat. Jedoch mit dem Vergleichung, daß Angebote, die mehr als 30 p.ßt. unter dem Kostenantrag bleibent obwohl diese um mehr als 20 p.ßt. übersteigen, bei Berechnung des Mittelpunktes außer Betracht bleiben. Bei gleichem Angebot soll den ortsbürofeierten Handwerksmeistern und zwar vorzugsweise der Handwerksorganisationen Verbindlichkeitigkeit zu Theil werden. Die Weitervergabe zugeschlagener Arbeiten an Unterfordertanten ist nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Auftraggeber gestattet. Schwäche ist verboten. Den Arbeitern muß mindestens der orts- oder berufsübliche Tagelohn bezahlt werden; wo zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarte Tarife und Lohnfeststellungen bestehen, bilden diese den Maßstab; in keinem Fall darf der Lohn unter den ortsüblichen Tagelohn sinken. Die Arbeitszeit darf nicht über das

orts- und berufsübliche Maß hinausgehen und keinesfalls mehr als 8 Stunden überschreiten. Neben Kunden sind mit 25 p.ßt. Zuschlag zu vergüten. An Vorabenden von Sonne und Feiertagen hat der Schluss der Arbeit spätestens Abends 6 Uhr zu erfolgen und die darauf folgende Ruhezeit 80 Stunden zu dauern. Die gleichen Bedingungen gelten auch für Aufforderbarer. Leihlingszüchterei, d. h. unverhältnismäßige Beschäftigung von Lehrlingen, ist verboten. Arbeiter, die in Werkstätten hergestellt werden können, dürfen nicht in Heimarbeit vergeben werden. Es sind in erster Linie inländische Arbeiter zu beschäftigen; die Beschäftigung anderer Arbeiter darf nur zu den gleichen Kosten und Arbeitsbedingungen stattfinden. Unternehmer, die die vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllen, können zeitig oder dauernd von den staatlichen Arbeiten ausgeschlossen werden. Die Erfüllung der den Arbeitern gegenüber festgelegten Verpflichtungen ist in erster Reihe durch Abzug von den Rationen zu bewirken. So wie die zu Gunsten der Arbeiter stipulierten Verpflichtungen in Betracht kommen, wurden sämtliche Verpflichtungen einstimmig gefaßt, allerdings erst nach lebhafter Auseinandersetzung mit den Vertretern unserer Partei. Der Herr Minister v. Zeilitzsch gab die Zusage, daß er die Verpflichtungen bei Ausarbeitung der neuen Institutionen "nach Möglichkeit" berücksichtigen werde.

* Boerenkrieg und Boerenkrieg englischer Handels-schiffe.

Der nunmehr schon über zwei Jahre andauernde Krieg der Engländer mit den südafrikanischen Republiken Transvaal und Orangefreistaat hat in allen Kulturräumen England natürlich ausgenommen, eine lebhafte Sympathie zu Gunsten des kleinen, aber tapferen Boerenvolkes herverufen. Hatten die Völker über Krieg oder Frieden zu entscheiden, wie es die Sozialdemokratie erforderte, dann hätten die Mächte längst dem schwäbischen, alter Kultur, höhersprechenden und nur auf Gewinnung der reichen Goldfelder Südafrikas gerichteten Kreislauf der englischen Siegerkrieg ein Ende gezeigt und durch die Gewährung der Unabhängigkeit des Boerenvolkes den Frieden drittelt. Aber viele Macht wagt es, aus Angst vor dem mächtigen Albion, sich in diesen Streit hinzumischen. Um so erstaunlicher wirkt es, daß Arbeiter, einfach Handarbeiter, die Initiative ergreifen haben, um das folge England zur Nachgiebigkeit gegen die Boeren zu zwingen, indem sie versuchen wollen, seinen Handel, den Lebensnerv Englands, zu unterbinden.

Aus Amsterdam, einem der größten Hafenstädte Hollands, kommt nämlich die überraschende Kunde, daß die dortigen Hafenarbeiter mit dem Plan umgehen, die Hafenarbeiter nicht nur aller Hafenstadt Hollands, sondern aller Hafenläge, in welchen englische Handelsfahrzeuge einlaufen, zu bewegen, die Arbeit auf den englischen Schiffen zu verzögern und zu verweigern. Dieser Plan hat unter allen Hafenarbeitern Hollands begeisterte Aufnahme gefunden. Über auch die Hafenarbeiter in anderen Seehafenstädten, z. B. Hamburg, Rouen z. t. haben sich zufolgend zu diesem Plan ausgesprochen. Die Hafenarbeiter in ihnen verlangen ferner den Zusammenschluß eines Kongresses der Hafenarbeiter von ganz Europa, um allgemein die Ladung und Loslösung englischer Schiffe in Europa zu verhindern und England zu zwingen, dem Kriege in Südafrika ein Ende zu machen.

In Hamburg hat sich nach einer Meldsprache mit den Delegirten der holländischen Hafenarbeiter ein Comité gebildet, welches sich mit dem großen Amsterdamer Comité in Verbindung setzen und alle notwendigen Vorarbeiten beitreten soll. Zu gegebener Zeit soll das Comité sich an die gesamten Hafenarbeiter wenden.

Das Gefüge des Boerokriegs hängt wesentlich von der Haltung der Rotterdamer Hafenarbeiter ab. Eine ein Drittel sämmlerischer Schiffe, die im Rotterdamer Hafen einlaufen, segeln unter englischer Flagge. Während Amsterdam der Hafen für den niederrheinischen Handel ist, kommt für Rotterdam hauptsächlich der Transitshandel in Betracht, so daß auch relativ im Rotterdamer Hafen mehr englische Schiffe ein- und ausgehen als in Amsterdam. Man kann annehmen, daß etwa ein Drittel, das sind etwa 4000, der Hafenarbeiter Rotterdam durch den Boerokrieg arbeitslos werden.

Eine Versammlung von Vertretern von 25 Organisationen in Rotterdam hat einstimmig die Bildung eines Comités beschlossen, das die Möglichkeit des Boerokriegs einer englischen Schiffe unterstützen soll. Außerdem sind noch aufstimmende Erklärungen eingegangen aus Gent, Antwerpen, Spanien, Göteborg, Christiania, Havre und Bordeaux. Ein Aufruf des Amsterdamer Comites um Geld für die vorläufige Propaganda brachte in drei Tagen 4578,87 Gulden. Das Comité hat an Tom Mann, den Präsidenten der internationalen Föderation der Transportarbeiter in London, sowie an den Secretar dieser Föderation, L. Chambers in London, und ebenso an die Vorstände von 6 Organisationen der englischen Hafen- und Dockarbeiter und Seefahrer ein längeres Schreiben gerichtet, worin die Gründe für den geplanten Boykott dargelegt und die Leiter der Organisationen erucht werden, ihnen Einfluß zu Gunsten des Boerokriegs geltend zu machen.

Wie man sieht, ist der Plan in allen seinen Einzelheiten wohl durchdacht und vorbereitet. Freilich fehlt es auch nicht an Stimmen, die ihn verbauen und vor seiner Ausführung warnen. Diese Stimmen kommen in erster Linie aus Kreisen, die für die hohen Ideale der arbeitenden Klassen noch niemals Verständnis gezeigt haben. Aber auch Arbeiter, denen man Sachverständis nicht absprechen kann, verhalten sich streng ablehnend. So hat in einer der letzten Nummern des "Vorwärts" der Vorsitzende des Seemannsverbandes in einem längeren Artikel den Plan der Amsterdamer Hafenarbeiter als gänzlich undurchführbar hingestellt. Einerlei aber, ob der Plan gelingt oder ob ihrer Erfolg verlust bleibt, eins ist sicher: Das Vorhaben der internationalen Hafenarbeiter ist ein Symptom für das Bourgeoisreich der Arbeiter nach Erroberung der politischen Macht. Weiter aber stellt das Eingreifen der Arbeiter ein ideales Monstrosität dar, schreibt der "Hamburger Echo", und wir pflichten ihm darin bei, sie, die Arbeiter, suchen keinen Vorwand für sich, sie haben persönlich eher Verluste zu gewähren, aber sie wollen einem Volk zu Hilfe kommen, das von einer überlegenen Macht vergewaltigt werden soll; und wir wollen ihrem Rechte gefüllt eine Genugthuung verschaffen. Und das mit unbürtigen Mitteln!

Ganz gewiß — dieser Versuch ist hochbedeutend auch als Versuch. Er kündigt eine Wendung in der hohen Politik an.

Eingegangene Schriften.

"Neue Zeit" (Stuttgart, Dietz' Verlag). Das 5. Heft des 20. Jahrgangs hat folgenden Inhalt: Bruno Schönlant †. Episoden des Zollkriegs. — Beiträge zur Geschichte der Volksschule. Von Heinrich Schulz. 1. Die Entwicklung der Volksschule im Mittelalter. — Moderne Kunstdiskussionen und Sozialismus. Von Karl Karski. — Haushaltungsreden der Arbeiter. Von Wolf Braun. — Notizen: Strömungen im deutschen Gewerkschaftswesen. Die Zollstruktur seit Abschluß der Handelsverträge. — Feuerstein: Des Königs Eingang. Eine wahre Begebenheit, bedacht von Ferdinand Frey.

Der "Wahr Jacob" hat soeben die 23. Nummer seines 18. Jahrgangs erscheinen lassen. Das farbige Titelbild ist eine drastische Illustration zum "Berliner Münzkrieg". Das zweite farbige Bild, "Das Getrennen" kennzeichnet, daß in Deutschland bestehende Verhältnisse zwischen Militarismus und Marxismus einerseits und den Sozialreform andererseits.

Praktische Worte für die deutsche Zimmerbewegung. Herausgegeben im Auftrage des Ausschusses und Vorstandes des Zentralverbandes der Zimmer und verw. Baugewerken Deutschlands von August Brüningmann in Hamburg, 1901. Verlag von Dr. Gräfe.

Wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren im Allgemeinen ungemein erstaunt ist, so auch die Zentralorganisation der deutschen Zimmerer. Mit der Zunahme an numerischer Stärke hat aber die Zunahme an Intelligenz, wie das ja ganz ecklich, nicht gleichen Schritt gehalten. Es sind im Laufe der Jahre in Städten und Ortschaften des deutschen Reiches Filialen, Bauläden oder Zweigvereine der großen Zentralverbände entstanden, die seit weit ab von den modernen Arbeiterschwung lagen. Zur Leitung dieser Zweigorganisationen wurden und müssen Leute berufen werden, die zwar den guten Willen mitbrachten, ihrer örtlichen Organisation und damit der Gesamtheit ihrer Berufskollegen zu dienen, denen es aber an praktischer Erfahrung zur Leitung der Geschäfte gänzlich mangelt. Dies war und ist heute noch zum Theil ein Lebelstand, unter dem mehr oder minder alle Zentralorganisationen zu leiden haben.

Diesem Lebel will nun die vorliegende kleine Schrift steuern, und wir glauben, sie wird damit Erfolg haben. Das mit großem Fleiß und großer Geduld geschriebene Buch, 124 Seiten stark, enthält außer dem Vor- und Schluswort drei Hauptabschnitte und die zerfallen wieder in mehrere kleine Unterabteilungen. Im ersten Hauptabschnitt — Anbahnung und Gründung von Verbandszählstellen — werden Ratschläge ertheilt über die Agitation unter den Indifferenter, den Anschluß an den Verband als Einzelzähler und deren Zusammenführen, wo sich mehrere an einem Orte befinden, Veranstaltung von allgemeinen Zimmervereinversammlungen zur Gründung von Zählstellen, die notwendigsten Arbeiten zu der konstituierenden Versammlung und diese selbst, Anmeldung der Zählstellen usw. Dem ersten Hauptabschnitt ist außerdem noch eine Geschäftsordnung für Mitgliederversammlungen beigefügt. Die beiden ersten Teile des zweiten Hauptabschnittes — Leitung und Unterhaltung der Zählstellen — behandeln die Bedeutung, Ausbildung und Pflege der Disziplin für die Organisation. Es wird dann die Bedeutung der Vorstandssitzungen klar gezeigt und dem Vorstande werden Worte für die Aufstellung der Tagesordnung und Verhandlungsstoff für die Mitgliederversammlungen gegeben. Des Weiteren erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Lehrung über die von ihnen auszuübenden Funktionen und zwar in so klarer und übersichtlicher Weise, daß auch der Minderbegabte bei einigen guten Willen im Stande sein wird seinen Posten erfolgreich auszuführen. Im dritten und letzten Hauptabschnitt erhalten die Mitglieder eine Anleitung, wie sie sich bei Vorbereiungen zu verhalten haben. Über jede einzelne Phase des Kampfes, von der Agitation für die Aufstellung der Forderungen an bis zum heftigen Streit erhalten die Mitglieder Anweisungen, wie der Kampf erfolgreich zu führen ist. Der Stoff ist von dem Verfaßer praktisch und übersichtlich geordnet und zahlreich in den Text eingefügt. Formulare, Vorlagen, Bürkularie etc. erleichtern das Verständnis desselben. Der Zimmerer sollte sich im Laufe dieses für ihn so nützlichen kleinen Werkes legen. Über auch den führenden und Leitenden anderer Gewerkschaftsorganisationen dürfte dasselbe mancherlei Belohnung bieten.

Briefkasten.

* Die Nr. 47 des "Grundstein" mit des Ruhrtages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bzw. Zählstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzustellen, daß sie spätestens am Montag Abend 7 Uhr in unsere Hände gelangen.

Düsseldorf, 2. Wir haben die Notizen an die Redaktion des "Stuttgarter" weitergegeben.

Danzig, 6. Ihr Bericht über den schwedischen Prozeß steht nicht Neues. Wenn er erst entschieden ist, wollen wir gern darüber berichten. Wollen Sie einen Auftrag veröffentlicht haben, damit die interessierten Kollegen sich melden, dann teilen Sie uns dies, bitte.

Schladen. Aus Schladen (Hessen) ist uns schon einige Male eine Veransammlungszeitung zugegangen, ohne Angabe, welchen Zweigverein und wo die Versammlung stattgefunden sollte. In Schladen hat der Verband keinen Zweigverein, auch in den Verbandsstädten für den "Grundstein" in Schladen nicht verzeichnet. Die letzte Meldung aus Schladen ist unterzeichnet: G. Meyer, Schriftführer. Eine von uns an Meyer gerichtete Anfrage blieb bisher unbeantwortet. Vielleicht können die Verwaltungen der nachgelegten Zweigvereine Auskunft geben.

Berlin II, 11. M. A. Sie sollten doch bald wissen, daß das Papier nicht auf beiden Seiten beschrieben werden soll. Wenn Sie die andere Seite nicht zurückholen, dürften Sie sie gern zurückgeben.

Aachen, 9. Auch Ihren Bericht nutzen wir abzuschreiben, da Sie das Blatt Papier auf beiden Seiten beschrieben haben.

Gewöhnen Sie sich die Unart ab, dann sind Ihre Verichte uns stets willkommen.

A. I. 55. Laut § 1620 des Bürgerlichen Gesetzbuches hatte Ihre Frau bei ihrer Verheirathung Anspruch auf eine Aussteuer, wenn die Mutter ohne Gefährdung ihres standesgemäßen Unterhalts im Stande war, die Aussteuer zu beschaffen, und wenn Ihre Frau nicht selbst ein ausreichendes Vermögen hatte. Der Anspruch auf die Aussteuer verjährt nach Verlauf eines Jahres vom Tage der Hochzeit an. Verjährt sind Ihre Ansprüche nicht, ob Ihr Schwiegermutter Ihre Macht und ihren Zahlungswillen innerhalb der Verjährungszeit wieder befunden hat. Wenn die anderen Soden Ihrer Frau gehören, muss die „alte Dame“ dieselben selbstverständlich herausgeben. Wenn Sie es über sich gewinnen können, die Schwiegermutter zu verklagen. — Recht werden Sie wohl tragen müssen.

Bentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes u. Ausschusses.

§ 14 des Statuts bestimmt, dass der Verbandsvorstand und Ausschuss die Höhe der Reiseunterstützung wie auch die Zweigvereine zu bestimmen haben, welche für mehr als einen Tag Unterstützung an ein und dasselbe Mitglied zu zahlen haben.

Gestuft auf diese Bestimmungen haben die Unterzeichneten
 a) den Unterstützungsstab für die Zeit vom 1. Dezember 1901 bis 31. März 1902 auf pro Tag 75,- festgesetzt und
 b) bestimmt, dass in folgenden Zweigvereinen für mehrere Tage Unterstützung gezahlt werden soll:

Berlin	für 8 Tage
Breslau	2,-
Frankfurt a. M.	2,-
Hamburg	2,-
München	2,-
Stuttgart	2,-

Hamburg und Berlin im November 1901.

Der Vorstand. **Der Ausschuss.**
 J. A.: Th. Bömelburg. J. A.: Aug. Dähne.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Reiseunterstützung

wird vom 1. Dezember an gezahlt. Alle Zweigvereine, die auf Grund des § 14 des Statuts Reiseunterstützung auszahlen müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstützung auszuzahlen haben. Am besten ist es, wenn der Kassierer damit betraut wird. Der Name des Auszahlenden und Zeit sowie Ort der Auszahlung sind dem Herbergsvorstand mitzuteilen, damit dieserzureichende Kollegen dem Herbergsvorstand ertheilen kann.

Reiseunterstützung wird nicht gezahlt in Zweigvereinen, welche noch kein ganzes Jahr bestanden haben und in solchen Orten, wo bisher Zollstellen bestanden, die aber auf Grund der Verbandstagsschlüsse mit anderen Zollstellen zu einem Zweigverein zusammengelegt werden müssen resp. schon zusammengelegt sind.

Reiseunterstützung kam laut Statut nur gezahlt werden an Mitglieder, welche dem Verbande wenigstens ein Jahr angehört haben oder innerhalb vier Wochen nach beendetem Lehrzeit begetreten sind, wenn sie sich im Besitz einer vom Verbandsvorstande ausgestellten Legitimationsskarte befinden.

Legitimationsskarten werden nur vom Verbandsvorstand vom 15. November an ausgestellt. Mitglieder, welche eine Karte wünschen, haben ihr Mitgliedsbuch und ihre Streifenkarte, sowie 20,- in Briefmarken für Rücksendung einzufügen. Der Beitrag muss für dieses Jahr voll bezahlt sein; die Streifenkarte muss Marken enthalten bis zu der Zeit, wo die Zweigvereine einen Einheitsbeitrag einführen.

Junggesellen, welche eine Legitimationsskarte wünschen, haben außer dem Mitgliedsbuch und der Streifenkarte eine Befreiung einzufügen, aus der hervorgeht, dass sie innerhalb vier Wochen nach beendetem Lehrzeit dem Verbande beitreten sind.

Als solche Ausweispapiere genügen ein Lehrbrief oder eine sonstige Befreiung des Lehrmeisters über die beendete Lehrzeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege ausgelernt hat, ein Zweigverein besteht, dann genügt auch eine Befreiung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

Für Mitglieder, welche im Herbst nach Hause reisen.

Diejenigen Mitglieder, welche mit Beginn des Winters den Ort, wo sie Arbeit suchen, verlassen, und an einem Orte ihren Aufenthalt nehmen, an dem ein Zweigverein nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam, dass ihnen, wenn sie sich bei der Hauptkasse anmelden, der „Grundstein“ von hier aus zugesellt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzubringen.

Wollen die Kollegen aber lieber mit der Zollstelle, der sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr bleiben und sich dort aus den „Grundstein“ aufstellen lassen, dann steht dem nichts im Wege.

Die Zweigvereinsvorstände werden erucht, die Mitglieder auf Obiges aufmerksam zu machen.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir die Zweigvereinsvorstände, dann, wenn Mitglieder abreisen und den „Grundstein“ von dem Zweigverein nicht beziehen, nicht zu vergessen, auch die entsprechende Zahl Exemplare des „Grundstein“ abzubekennen.

Ielen 110, Dessau 100, Lüttit 100, Strausberg 100, Bäder 99,50, Waldbott 60, Wandsee 60, Ebergötzen 50, Warne- münde 50, Kremsen 36,82. Summa M. 1966,12. Buchfuß erhält: Stuttgart M. 200.

Altona, den 2. November 1901.

Karl Reich, Hauptkassirer, Wilhelmstr. 57.

→ Anzeigen ←

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, sowohl wie innerhalb einer Woche nach dem Sterbedate Mitteilung erhalten. Die Seite kostet 15,-.

Coblenz. Am 26. Oktober verstarb unser treuer Verbandskollege **Johann Müller** aus Arzheim im Alter von 21 Jahren an Lungenerkrankung. Der selbe war ein eifriger Förderer unserer Organisation.

Langenfeld. Am 19. Oktober starb unser Verbandskollege **Konrad Schiesser** im Alter von 25 Jahren an Lungenschwundkrankheit.

Röbel i. M. Am 24. Oktober starb unser Kollege **Carl Lambeck** an Lungenerkrankung im Alter von 68 Jahren.

Wolfenbüttel. Am 31. Oktober starb im Krankenhaus zu Wolfenbüttel unser Verbandskollege **Heinrich Schenck**, geboren zu Gladbeck, im 89. Lebensjahr. Ehre ihm und seinen Angehörigen.

Sterbegeld

ist in der Zeit vom 28. Oktober bis 3. November bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Freunde:

Wilhelm Jühne-Nadel (Buch-Nr. 160704), Mengel Hora-Halle (212 386), Wilhelm Stroessner-Neu-Langsdorf (024 552), Friedrich Lubitsch-Kostheim (045 235), Johannes Götze-Berlin IV (200 833), Franz Adolf Stralsund (055 458), Adam Liederbach-Sprendlingen (161 841), Arno Wiesel-Altenburg (144 894), Günther Eiffarth-Franzenhausen (218 418), Friedrich Kirchner-Langenfeld (47 852), Carl Lambeck-Nadel (098 167).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Philipp Breithauer-Winbeden (Buch-Nr. 84 788), Max Walter-Berlin IV (170 627), J. v. Roh-Bremen (97 222), F. Sahn-Bremen (7650).

Aufforderung.

Der Kollege **Wilhelm Engelhaus**, geb. am 16. Nov. 1853 zu Berggründ, wird um Angabe seiner Adresse erucht, damit wir ihm sein in Neumünster gefundenes Mitgliedsbuch zustellen können.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 28. Oktober bis 4. November 1901 sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen: Barby M. 336,95, Gr.-Siegenort 197,98, Gr.-Schönебach i. d. M. 189,25, Eichhof i. Bon. 170,96, Neukirch i. Holst. 155,92, Brackwede 71,15, Sonderburg 67,70, Hermendorf i. S.-M. 67,88, Greiz 64,12, Lüchow 61,64, Burgdorf i. Hann. 57,65, Verge-Borbeck 61,36, Niedersachsen 37,28, Clogau 27,98, Stadt-Stol. 17,20, Rüdnitz 12,05, Troppau a. d. Elster 7,60, Hujum 260,92, Rothemühl 178,98, El.-Schönебach 128,72, Königslager i. Br. 70, Hahnau 59,76, Schmiedeberg i. Elster 43,35, Grafau b. Magdeb. 197,04, Reidebenbach 169,88, Gurgau b. Rastf. 116,84, Northeim 85,04, Jerichow 74,22, Wittenbergen 66,60, Osterode i. Othr. 53,60, Wölfe 24,16, Altenbrunslau 18,64, Ratenbach 17,30, Görlitz 424,21, Coblenz 180, Tiefenbach 161,84, Harzberg 135, Horben 69,52, Sriegau 63,16, Ronneburg 54,88, Halle a. d. S. 1915,74, Annaburg 187,92, Treuenbrietzen 150,94, Mittenwalde 128,45, Fürstenwalde 121,29, Herzberg a. d. Elster 78, Gumbinnen 58,60, Domersleben 47,20, Gr. Löbau 26,76, Steigitz 135,10, Cotteng 72,08, Rosenthalerhütte 50,70, Heilbronn 26,96, Breitbardt 8,40, Bremen 1000, Leipzig 800, Gr.-Kreuz 28, Breslau 1600, Niederdöbberen 135, Lüken 80, Gneimehle 37,52, Potsdam 1000, Altenburg 500, Rudolstadt 116, Bregt 78, Gommern 1301,79, Golßen 101,85, Burgstädt 8, S. 82,24, Bierstadt 228, Wolgast i. Pom. 55,64, Burglauer b. Mühlendorf 46,68, Wajungen 44,06, Marquard b. Wiesbaden 9,36, Hamburg 3046,10, Hörburg 450, Elmshorn 109,78, Summa M. 18 28,44.

Für Protokolle vom 6. Verbandstag in Mainz.

Greiz 10, Hufum 8, Nordenham 5, Sriegau 2, München 20, Heilbronn 2, Gommern 10, Hamburg 20,60, Wajungen -40. Summa M. 78.

Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“.

Sriegau M. 6.

Es ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, dass Briefe im Gewicht von über 20 Gramm 20,- Porto kosten. Wie wenig dies beachtet wird, ergibt sich daraus, dass für Briefe mit Abrechnungen vom 8. Quartal aus folgenden Orten Strafporto bezahlt werden musste: Borbeck, Belgen, Brod, Briesen, Brück, Bruns, Caputh, Großensee a. d. Oder, Dauborn, Feudenheim, Frankenhausen, Görlitz, Grafschaft, Greifswald, Güsten, Gr.-Schönebach, Horno, Holzminnen, Kries, Mülheim an der Ruhr, München, Rastf., Richterberg-Franzburg, Münzenberg, Sonnenfeld, Spremberg, Wilhelmshöhe, Wilsnac und Zwickau.

Die Zweigvereins-Kassirer resp. Einsender von Geldern werden erucht, auf den Postabfertigungen genau anzugeben, wofür das eine Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, dass das Geld wieder zurückgegeben muss.

Hamburg, den 4. November 1901.

J. Köster,
 Hamburg-St. Georg, Bremmerstr. 11, 1. Et.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 27. Oktober bis 2. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 600, Schwerin 250, Lübeck 200, Leipzig 150,

Gaarden.

Diejenigen Kollegen, welche in Gaarden am Verwaltungsbau der Germaniamerkte gearbeitet haben und ihre Rechte wahren wollen, werden erucht, ihre Adresse an **D. Sasse, Gaarden, Augustinerstr. 53, 2. Et.** einzufügen. [M. 1,80]

Münster i. W.

Der Kassirer des Zweigvereins Münster, Kollege **Heinrich Wessel**, wohnt: An den Mühlern Nr. 14, 1. Et. [M. 1,60]

Der Kollege **Ferdinand Werner**, Buch-Nr. 026 655, wird dringend erucht, seine Adresse anzugeben. Es handelt sich um eine gerichtliche Sache. [M. 1,20]

Carl Miran, Schriftführer, Gifsum, Seehausweg 47.

Die Kollegen, denen der Altenhof des Maurers **Otto Borch**, Bülow. 89 297, geboren den 7. August 1879 in Leipzig, bekannt ist, erucht ich, mir dessen Adresse mitzuteilen. [M. 1,50]

Max Hellwig, Gutsstr. 11, Kamenz i. Sach.

[M. 2,40]

Freienwalde.

Der heisige Zweigverein feiert am Sonnabend, den 9. November, Abends 8 Uhr, sein diesjähriges

Stiftungsfest

in Lokal des Herrn Raddatz. Die Kollegen der umliegenden Vereine werden hiermit eingeladen. [Der Vorstand.]

Versammlungs-Anreger.

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Geschäftsjahr der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bestimmt. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Seiten nicht überschreitet, darf, beträgt 20,-. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingeliefert werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 9. November. Abends 7 Uhr außerordentliche Mittl.-Verg. im Verbandsfoale. [Fischerstr. 17. Das Erscheinen aller Kolleg. ist dring. notwendig.]

Sonntag, 10. November.

Annaburg. Sonnabtag 11 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Kollegen der Maurer werden erucht, alle zu erscheinen. [Der Vorstand.]

Bezig. Nachm. 8 Uhr Mitgliederversammlung. Alle Kollegen müssen erscheinen. [Der Vorstand.]

Werder. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung in Martin's Hof. [Der Vorstand.]

Sonntag, 12. November.

Liegnitz. Abends 7 Uhr im Gaffel. „Um goldenen Frieden“. Um zehn Minuten früher erscheinen wird gebeten.

Sonntag, 17. November.

Gr.-Burgwedel. Nachmittags 3 Uhr beim Goldwirth Lange. Die Kollegen sollen volzhälftig erscheinen. Ref.-Kol. L. Barthol.-Hannover, Meuselwitz. Das Erscheinen aller Kolleg. ist dringend notwendig.

Oranienburg. Nachm. 4 Uhr im Hotel des Herrn Schen. T. O. Vorst. des Zentralausschusses. Das Erscheinen aller Kolleg. ist dringend notwendig.

Zielitz. Nachm. 5 Uhr bei Herrn Süde. Wegen der Wichtigkeit der Tagung werden müssen alle Kollegen erscheinen.

Zentral-krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, 10. November. Vom 10 Uhr Mittl.-Verg. im Gewerbeschulhaus, Engelstraße 16, Z.-O. Berlin. 1. Kosten- u. Dienstverschreibung vom 3. Quartal. 2. Kostenangabengetreue.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.